

# Washington News

Handel | Digital | Energie

Juli 2024

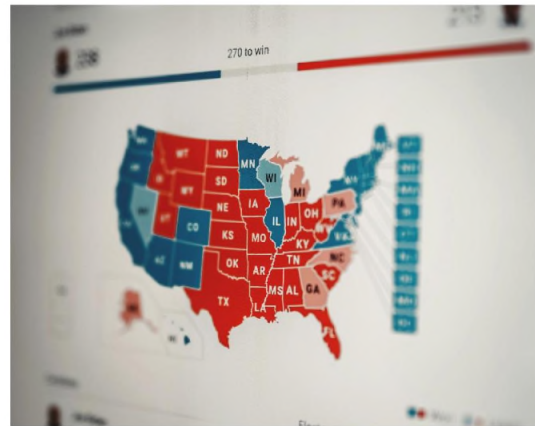


## Im Fokus

### Im Fokus - US-Präsidentenwahlen laufen auf Hochtouren

Mit den Parteitag der beiden Parteien tritt der US-Präsidentenwahlkampf in eine neue Phase. Die wirtschaftspolitischen Visionen der beiden großen Parteien weisen deutliche Unterschiede auf.

Bei Donald Trump wird der Fokus auf dem Ausbau der heimischen Produktion und den Neuverhandlungen von Handelsabkommen liegen. Diese Punkte sind Teil des neuen Parteiprogramms der Republikanischen Partei, das auf dem Parteitag vom 15.-18. Juli verabschiedet wurde. Weiter fordert das Programm eine intensivere „Buy American“-Politik, die Einführung neuer Zölle auf ausländische Waren und die einseitige Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus Chinas. Die Republikanische Partei befürwortet auch eine breit angelegte Deregulierungsagenda, einschließlich der Ausweitung der Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe in den USA. Außerdem wurden auf dem Parteitag Donald Trump offiziell als Präsidentschaftskandidat der Republikaner und Senator J.D. Vance (R-Ohio) als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten nominiert.



In der Zwischenzeit hat sich die Demokratische Partei weitgehend hinter Vizepräsidentin Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin gestellt, nachdem Präsident Biden angekündigt hatte, dass er nicht mehr zur Wiederwahl antreten wird. Biden und Harris sind bemüht, ihre Wirtschaftspolitik als erfolgreich darzustellen, belegt durch ein starkes Wirtschaftswachstum und gute Beschäftigungszahlen. Laut eines aktuellen Berichts des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) wuchs das BIP der USA im zweiten Quartal dieses Jahres um 2,8 Prozent. Der Parteitag der Demokraten findet vom 19. bis 22. August in Chicago statt. Dort werden die Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten offiziell nominiert und das Parteiprogramm verabschiedet. (jm)



## Handel

**US-Regierung segnet Arbeitsgruppe für Wirtschaftsdiplomatie ab**



**Memorandum zur Gründung der neuen Economic Diplomacy Action Group (EDAG)** unterzeichnet. Die EDAG wird vom US-Außenministerium, dem US-Wirtschaftsministerium (DOC) und dem Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) geleitet. Sie soll die US-Handelsdiplomatie stärken, indem sie den wirtschaftlichen Wohlstand im Inland durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung US-amerikanischer Arbeitnehmer fördert.

In seiner Rede auf dem *Select USA Investment Summit* Ende Juni erläuterte US-Außenminister Antony Blinken, das Ziel der EDAG sei sicherzustellen, „dass unsere Außenpolitik weiterhin Chancen für amerikanische Unternehmen auf der ganzen Welt schafft und gleichzeitig ausländische Investitionen in Sektoren anzieht, die für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung sind“. Die EDAG soll die wirtschaftlichen Prioritäten der USA vorantreiben, indem sie sich auf die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern konzentriert. Sie wird einen beratenden Ausschuss für die Ausweitung des Handels einrichten, der sich aus Vertretern des Privatsektors, der Gewerkschaften und anderer Organisationen zusammensetzt und sich für die Förderung von US-Exporten einsetzt. Die EDAG entstammt dem *Championing American Business through Diplomacy Act* von 2019, der das US-Außenministerium anweist, seine Beamten im Auslandsdienst in Wirtschafts- und Handelsdiplomatie zu schulen.

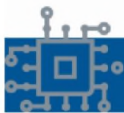
### **Neue Strategie zur Umsetzung des Uyghur Forced Labor Prevention Act (UFLPA)**

Das *US-Department of Homeland Security* (DHS) hat seine aktualisierte Strategie zur Umsetzung des *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA) veröffentlicht. In seinem *Jahresbericht* beschreibt der DHS dem US-Kongress detailliert, wie der UFLPA durch die *Forced Labor Enforcement Task Force* umgesetzt wird. Der vom DHS geleiteten Taskforce gehören das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR), das US-Arbeitsministerium, das US-Außenministerium, das US-Finanzministerium und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) an. Neu ist, dass chinesisches Aluminium, Polyvinylchlorid (PVC), Fisch und Meeresfrüchte zu den vorrangigen Sektoren hinzugefügt werden sollen, da hier ein höheres Risiko von Zwangsarbeit aus der Region Xinjiang bestehe. Außerdem wurden 38 Unternehmen in die UFLPA-Entitätenliste aufgenommen, womit sich die Gesamtzahl auf 68 erhöht. Der Bericht betont die Notwendigkeit einer Aufstockung der Ressourcen für jede der Agenturen der Taskforce, um den UFLPA besser umsetzen zu können.

### **USA und Mexiko gehen gemeinsam gegen Umladungen von Stahl, Aluminium vor**

Die Vereinigten Staaten und Mexiko wollen mit gemeinsamen Maßnahmen verhindern, dass Stahl- und Aluminiumhersteller aus China und Drittländern ihre Produkte über Mexiko in die USA liefern, um so die Section-232-Zölle zu umgehen. Neue US-Anforderungen geben vor, dass Stahlimporte aus Mexiko in den USA, Mexiko oder Kanada geschmolzen und gegossen werden müssen, sonst droht ein Zoll von 25 Prozent.

Auf Aluminium, das in China, Weißrussland oder dem Iran geschmolzen oder gegossen und durch Mexiko geleitet wurde, werden Zölle in Höhe von 10 Prozent erhoben. Zölle von 200 Prozent fallen auf Aluminium aus Russland. Mexiko verpflichtet Importeure seinerseits, das Herkunftsland von Stahlerzeugnissen preiszugeben, die für den mexikanischen Markt vorgesehen sind. (sh)



## Digital

### **USA und EU überprüfen erstmals neuen Datenschutzrahmen DPF**

Die erste Überprüfung des *EU-US Data Privacy Framework* (DPF) ergab eine positive Einschätzung bei der

Revised by NED/ADA vor einem Jahr 11/29/2024 8:17:45 AM  
der USA und der EU. Das vor einem Jahr in Kraft getretene Rahmenwerk regelt den Datenfluss zwischen den beiden Volkswirtschaften. Mehr als 2.800 Unternehmen haben sich dem DPF angeschlossen, über 70 Prozent davon sind kleine und mittlere Unternehmen. Die Europäische Kommission bereitet einen eigenen Evaluierungsbericht über das DPF vor, der in den kommenden Wochen veröffentlicht werden soll.



### **DOC: Bis zu 1,6 Mrd. USD Zuschuss für fortschrittliches Chip-Packaging**

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat wettbewerbsfähige Zuschüsse für fortschrittliches *Chip-Packaging* angekündigt. Mit den Zuschüssen sollen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in fünf Bereichen im Zusammenhang mit *Chip-Packaging* unterstützt werden, u. a. bei Fertigungsanlagen und Automatisierung des elektronischen Designs. Im Rahmen des CHIPS-Programms werden voraussichtlich bis zu 1,6 Milliarden US-Dollar in Form von mehreren Zuschüssen in Höhe von jeweils rund 150 Millionen US-Dollar vergeben. Die Empfänger können die Mittel unter anderem für die Forschung und Entwicklung von Fertigungsanlagen und Produktionsverfahren, die Herstellung von Prototypen und die Ausbildung von Arbeitskräften verwenden.

### **US-Senatoren fordern Transparenzanforderungen für KI-generierte Inhalte**

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des US-Senats, Maria Cantwell (D-Washington), hat zusammen mit den Senatoren Marsha Blackburn (R-Tennessee) und Martin Heinrich (D-New Mexico) einen Gesetzentwurf eingebracht, der Transparenzanforderungen wie Wasserzeichen für KI-generierte Inhalte vorsieht. Die Senatoren begründeten den Gesetzentwurf mit der Sorge um Deepfakes und Kopien von kreativen Inhalten. Senatorin Cantwell argumentierte bei einer Anhörung des Handelsausschusses, dass die Verbreitung der KI-Technologie die Dringlichkeit von US-Bundesgesetzen zum Datenschutz in den USA weiter erhöhe. (jm)



## Energie



### **Öffentliche Investitionen gehen voran: an Einzelstaaten, E-Autos, Wasserstoff**

Die Auszahlung der Gelder aus dem Infrastrukturgesetz BIL und dem *Inflation Reduction Act* (IRA) schreitet voran. Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat 4,3 Milliarden US-Dollar aus dem sogenannten *Greenhouse Gas Reduction Fund* des IRA vergeben. Diese Gelder gehen direkt an die Regierungen oder Institutionen der Einzelstaaten für Projekte zur Reduzierung von Treibhausgasen. Laut EPA war die Nachfrage nach Geldern hoch, und es seien nur Projekte mit messbaren Treibhausgasreduzierungen und Mehrwert für die Gemeinden ausgewählt worden. Die größten Empfänger sind (1) Kalifornien für die Verbesserung der Luftqualität durch Investitionen in Verkehr und Fracht, (2) die Nordoststaaten für Wärmepumpen, (3) Illinois für Gebäude- und Industriedekarbonisierung sowie den EE-Ausbau, (4) die *Mid-Atlantic*-Staaten für Kohlenstoffabscheidungsprojekte,

(5) Pennsylvania für industrielle Dekarbonisierungsprojekte und (6) Nebraska für regenerative/klima-adaptive Landwirtschaft. Insgesamt sollen 1,1 Milliarden US-Dollar in den Bereich Verkehr fließen, 372 Millionen in den EE-Ausbau, 1,06 Milliarden in den Gebäudesektor, 636 Millionen in die Industrie, 931 Millionen in die Landwirtschaft und 121 Millionen in die Recycling- und Abfallwirtschaft.

Das US-Energieministerium (DOE) hat 11 Empfänger für ein Transformationsprogramm des IRA für E-Autos verkündet. Die Empfänger erhalten bis zu 500 Millionen US-Dollar für

den Erhalt ihres Produktionsstandorts und die Transformation zum Bau von E-Autos und deren Komponenten. Alle 11 Empfänger sind gewerkschaftlich organisiert und verteilen sich über traditionelle Industriestaaten der USA im Mittleren Westen, Nordosten und Südosten. Bewerber mussten demonstrieren, wie sie die Gelder nutzen, um Arbeitsplätze zu erhalten und an ihren Standorten einen Mehrwert für die Gemeinden leisten. Laut DOE werden 15.000 Jobs erhalten und 3.000 neue geschaffen. Unter den ausgewählten Empfängern sind auch ZF und Volvo.

Auch hat das DOE Gelder für die ersten zwei von insgesamt sieben ausgewählten Wasserstoff-Hubs freigegeben. Der ARCHES Hub in Kalifornien hat mit dem DOE eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der insgesamt 12,6 Milliarden US-Dollar (davon 1,2 Milliarden der US-Bundesregierung) in die Wasserstoffproduktion und Abnehmerprojekte investiert werden sollen. Die erste Phase umfasst die Planung und wird zunächst mit 30 Millionen US-Dollar unterstützt. Der Pacific Northwest Hydrogen Hub, geleitet von der Pacific Northwest Hydrogen Association (PNWH2), erhielt ebenfalls die ersten 27.5 Millionen US-Dollar für die Planungsphase. Insgesamt könnte das Projekt über die kommenden Jahre mit bis zu einer Milliarde US-Dollar gefördert werden. Das Projekt erstreckt sich über die Staaten Washington, Oregon und Montana und plant nach vollständigem Ausbau grünen Wasserstoff per Elektrolyse im Volumen von mindestens 355 Tonnen pro Tag zu produzieren.

### **Kongress versucht Wiederbelegung der Kernenergie einzuläuten**

Der US-Kongress hat ein umfassendes Gesetz zur Revitalisierung der angeschlagenen Atomwirtschaft in den USA verabschiedet, den ADVANCE Act of 2024. Laut Umweltausschuss des Senats sind Reformen von Planungs- und Genehmigungsverfahren für neue und bestehende Reaktoren Teil des Gesetzes. Diese sollen die Kosten für Erhalt und Neubau senken. Das Gesetz baut unter anderem bestehende Hürden für internationale Investitionen in die US-Kernenergie ab. Das Gesetz ermächtigt die US-Atomaufsichtsbehörde NRC sich in internationalen Foren zur Erarbeitung von Standards für kleine modulare Reaktoren einzubringen und weist das US-Energieministerium DOE an, den Vergabeprozess von Exportlizenzen für US-Atomtechnologien zu verbessern. Das Gesetz wurde als Teil eines größeren Pakets verabschiedet. Bei der Abstimmung im Senat gab es lediglich zwei Gegenstimmen.

Ferner soll das Gesetz die Entwicklung neuer Technologien anreizen, indem Bürokratiekosten wie Antragskosten reduziert, Preisausschreibungen eingerichtet und Lizenzen dann schneller vergeben werden, wenn Reaktoren auf ehemaligen Gewerbe-/Industrieflächen oder neben existierenden Reaktoren errichtet werden. Die NRC ist ebenfalls verpflichtet, ihre Qualifizierungs- und Lizensierungskompetenzen für neue Kernbrennstoffe zu verbessern sowie neue Herstellungsprozesse und Bauverfahren zu bewerten. Auch muss sie ihren Lizensierungsprozess überarbeiten und modernisieren und die eigenen Umweltberichtspflichten verschlanken. Zur Wahrnehmung dieser neuen Kompetenzen und Aufgaben erhält die NRC mehr Flexibilität und Steuerungskompetenzen über ihre eigenen Ressourcen und Mitarbeiter. (pm)

## ICYMI



Das *Bureau of Economic Analysis* des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) hat die aktuellen Daten zu ausländischen Direktinvestitionen veröffentlicht. Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in den USA wuchsen im Jahr 2023 um rund 46 Milliarden US-Dollar. Die Gesamtsumme der Investitionen deutscher Unternehmen in den USA betragen somit 658 Milliarden US-Dollar. Damit liegt Deutschland bei den ausländischen Direktinvestitionen in die USA auf Rang 3 hinter Japan (783 Mrd. USD) und Kanada (750 Mrd. USD).

Im verarbeitenden Gewerbe beliefen sich die deutschen Direktinvestitionen in die USA für 2023 auf 303 Milliarden US-Dollar, rund 10 Milliarden US-Dollar mehr als im Vorjahr. Hier liegen deutsche Firmen ebenfalls auf Rang 3 hinter dem Vereinigten Königreich und



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200  
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

# Washington News

Handel | Digital | Energie

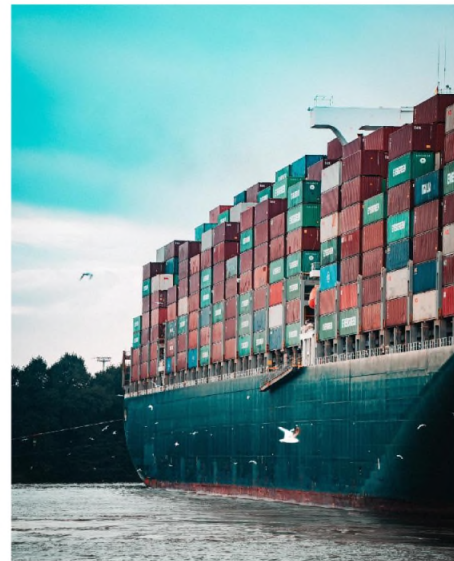
Juni 2024



## Im Fokus

### Neue Details zur Erhöhung der *Section 301* Zölle veröffentlicht

Das Büro der Handelsbeauftragten (USTR) hat im *Federal Register* die Erhöhung der *Section 301*-Zölle in strategischen Sektoren bekannt gegeben. Vorangegangen war ein [Bericht](#), laut dessen die Volksrepublik China (VRC) weiterhin die den US-Handel belastenden Handlungen, Politiken und Praktiken bei Technologietransfers fortführt. Infolgedessen wies Präsident Biden USTR an, die Zölle auf bestimmte Produkte zu erhöhen. Die Zollerhöhungen auf EVs, Stahl- und Aluminiumprodukte, Batterien, Solarzellen, *Ship-to-Shore*-Kräne und bestimmte medizinische Produkte sollen am 1. August dieses Jahres in Kraft treten. Die für die Jahre 2025 und 2026 vorgesehenen Zollerhöhungen gelten ab dem 1. Januar des jeweiligen Jahres. In der Bekanntmachung werden auch der Rahmen für ein Ausschlussverfahren von Maschinen festgelegt und vorübergehende Ausnahmen für 19 Tariflinien für Solaranlagen vorgeschlagen. Ein öffentliches Konsultationsverfahren zu den vorgeschlagenen Zöllen und dem Ausschlussverfahren läuft vom 29. Mai bis 28. Juni.



In einer separaten Bekanntmachung im *Federal Register* kündigte USTR das Ende von mehr als 200 [Ausnahmeregelungen](#) nach Section 301 für medizinische und nicht-medizinische Produkte an, die am 31. Mai 2024 ausgelaufen waren. 164 Ausnahmeregelungen wurden um ein weiteres Jahr verlängert, während für 233 Produkte die Ausnahmeregelungen nur um zwei Wochen verlängert wurden und die Zölle nach dem 14. Juni wieder in Kraft treten. Der Bekanntmachung zufolge war für 102 der Produkte keine Verlängerung beantragt worden. In anderen Fällen entschied sich USTR gegen eine zusätzliche Verlängerung: Wenn die Antragsteller beispielsweise keine ausreichenden Schritte unternommen hatten, ihre Lieferketten aus China zu verlagern oder Nichtverfügbarkeit damit begründeten, dass ein Produkt nicht zu den Kosten des chinesischen Produkts erhältlich war. (sh)



## Handel

## Zwangsarbeit in den Lieferketten der Automobilhersteller

Ein Bericht der Finanzdemokraten im Senat hat Lücken in der Überwachung der Zwangsarbeit bei Automobilherstellern aufgezeigt. Die Untersuchung wurde im Dezember 2022 eingeleitet, nachdem ein Bericht der Sheffield Hallam University behauptet hatte, dass ein KFZ-Zulieferer mit Zwangsarbeit im chinesischen Xinjiang in Verbindung gebracht wurde. Im Dezember 2022 und März 2023 wandte sich der



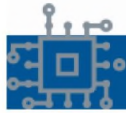
Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Ron Wyden (D-OR), schriftlich an Automobilhersteller und Tier-1-Zulieferer und bat um genaue Angaben über ihre Maßnahmen zur Überwachung ihrer Lieferketten. Der Bericht des Ausschusses enthielt Hinweise auf die Einfuhr von Fahrzeugen und Teilen sowie auf Herstellungspraktiken, bei denen Komponenten vermutlich in Zwangsarbeit hergestellt werden. Dies würde gegen den *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA) von 2021 verstoßen, der US Importeure aus der Region Xinjiang zum Nachweis verpflichtet, dass in ihrer Lieferkette keine Zwangsarbeit vorkomme. Des Weiteren empfiehlt der Bericht eine schnellere Identifizierung von Betriebsstätten, die Zwangsarbeiter beschäftigen vonseiten des *Department of Homeland Security* (DHS) und des Zoll- und Grenzschutzes (*Customs and Border Protection*). Außerdem sollten diese Betriebe zeitnah auf die Entity Liste gesetzt und die Liste der Sektoren aktualisiert werden, die für die Durchsetzung des UFLPA höchste Priorität haben. Darüber hinaus sollte der Informationsaustausch über die Durchsetzung des UFLPA verbessert und klare Anweisungen für die erforderlichen Prüfungen zur Aufdeckung von Zwangsarbeit in Lieferketten gegeben werden.

## IPEF-Ministerkonferenz

Die Vereinigten Staaten und 13 weitere Länder, die an der Initiative *Indo-Pacific Economic Framework* (IPEF) teilnehmen, haben auf der IPEF-Ministerkonferenz in Singapur drei neue Abkommen unterzeichnet. Das „Clean Economy Agreement“ umfasst Klima- und Energiethemen und das „Fair Economy Agreement“ betrifft Maßnahmen in den Bereichen Steuern und Korruptionsbekämpfung. Im Rahmen des Abkommens zu nachhaltiger Wirtschaft verpflichten sich die Länder, saubere Technologien zu entwickeln und einzusetzen, bei Klimalösungen zusammenzuarbeiten und den Verkauf, die Produktion und den Anteil emissionsfreier Fahrzeuge deutlich zu erhöhen. Das Abkommen zur fairen Wirtschaft soll Finanzkriminalität bekämpfen bzw. verhindern, die Steuerverwaltung verbessern und die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und den Aufbau von Kapazitäten in diesen Bereichen fördern. Die Länder einigten sich auch auf ein übergreifendes IPEF-Abkommen („Agreement on IPEF“), um einen IPEF-Rat und eine gemeinsame Kommission einzurichten, die die Umsetzung der anderen Pakte überwachen sollen. Die IPEF-Länder veranstalteten auch das erste IPEF-Investorenforum für saubere Wirtschaft, das sich auf die Ermittlung von Investitionsmöglichkeiten in nachhaltige Infrastrukturen in der Region konzentrierte. In den Abkommen wurde die von USTR geleitete Handelssäule nicht erwähnt, die nach der Kritik hochrangiger Demokraten im vergangenen Herbst an Schwung verloren hat.

## ITC: Solarimporte aus Südostasien schaden der US-Industrie

Die Internationale Handelskommission der USA (ITC) hat einstimmig der Feststellung zugestimmt, dass Solarimporte aus Südostasien der US-Industrie schaden würden. Die ITC und das US-Wirtschaftsministerium (DOC) haben die Einfuhren von kristallinen Silizium-Photovoltaikzellen und -modulen aus Kambodscha, Malaysia, Thailand und Vietnam auf Antrag des American Alliance for Solar Manufacturing Trade Committee untersucht. Dem Antrag zufolge überschwemmen unfaire Preise und subventionierte Importe von Unternehmen, die zumeist in chinesischem Besitz sind, den US-Markt. Eine parteiübergreifende Gruppe von Gesetzgebern schrieb US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo und dem Vorsitzenden der ITC, David Johanson, und befürwortete die Antidumping- und Ausgleichszölle zum Schutz der US-Solarindustrie.



## Digital



### USA und Singapur bauen KI-Zusammenarbeit aus

Nach einer Diskussionsrunde mit Unternehmen und Regierungsvertretern, geleitet von US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo und Singapurs Ministerin für Kommunikation und Information Josephine Teo, kündigten beide Länder neue Bereiche der Zusammenarbeit bei Künstlicher Intelligenz an. Das *U.S. National Institute of Standards and Technology* (NIST) und

Singapurs *Infocomm Media Development Authority* (IMDA) planen, bewährte Praktiken zu KI-Governance und Risikomanagement auszutauschen. Die KI-Sicherheitsinstitute beider Behörden werden auch bei Forschungsprojekten zusammenarbeiten. Schließlich kündigten das US-Handelsministerium und die IMDA ihre Absicht an, ein neues KI-Talent-Bridge-Programm ins Leben zu rufen, das das 2022 gestartete Partnerschaftsprogramm zwischen den USA und Singapur für Frauen in der Technologie ausbauen soll.

### US-Techverbände kritisieren Kanadas Steuer auf digitale Dienstleistungen

Eine Koalition US-amerikanischer Technologieverbände hat die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai in einem Schreiben aufgefordert, über den Streitbeilegungsmechanismus des USMCA gegen eine dreiprozentige Steuer auf digitale Dienstleistungen vorzugehen, die derzeit im kanadischen Senat diskutiert wird. Die Verbände argumentieren, dass die vorgeschlagene Steuer US-Unternehmen diskriminieren und durch eine dreijährige rückwirkende Anwendung hohe Kosten verursachen würde. Die von Kanada vorgeschlagene Steuer auf digitale Dienstleistungen ähnelt weitgehend anderen Maßnahmen, die USTR zuvor untersucht und für belastend und diskriminierend befunden habe, behaupten die Verbände. (jm)



## Energie

### Erster Richtlinienvorschlag für EE-Subvention des IRA offen zur Kommentierung

Das US-Finanzministerium hat einen Vorschlag für vorläufige Richtlinien der IRA-Steuerzuschüssen für erneuerbare Energien vorgelegt. Die bestehenden Steuergutschriften für Investitionen in sauberen Strom und dessen Produktion laufen Ende dieses Jahres aus. Mit dem *Inflation Reduction Act* (IRA) wurden zwei technologieneutrale Steuergutschriften, der 45Y *Clean Electricity Production Credit* und der 48E *Clean Electricity Investment Credit*, eingeführt, die sie ab 2025 ersetzen. Diese neuen Gutschriften gelten bis 2032. Laut des veröffentlichten Vorschlags wären alle Stromerzeugungsanlagen mit Netto-Null-Treibhausgasemissionen förderfähig und nicht an den Einsatz eines bestimmten Technologietyps gebunden.



Im Vorschlag werden Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Meeres- und Hydrokinetik, Kernspaltung und -fusion, Geothermie und bestimmte Arten von

Recyclingtechnologien als emissionsfreie Technologien für die Zwecke der Steuergutschriften eingestuft. Für die Investitionssteuergutschrift wird in der Bekanntmachung aufgezeigt, wie Energiespeichertechnologien sich für die Gutschrift qualifizieren könnten. Das US-Finanzministerium bittet insbesondere um Stellungnahmen zur Berechnung der Emissionsraten für Kraftwerke, die mit CCS-Technologie ausgestattet sind. Der Vorschlag geht nicht auf die Frage ein, ob Biomasseanlagen oder Anlagen, die Biomethan verwenden für die Gutschriften in Frage kommen würden. Die Kommentierungsperiode läuft noch bis zum zweiten August. Öffentliche Anhörungen sind für den 12. und 13. August angesetzt.

### **US-Regierung veröffentlicht nicht-bindende Standards für freiwillige CO2-Märkte**

Freiwillige CO2-Märkte waren in den USA zuletzt oft Gegenstand von Kritik hinsichtlich ihrer Vertrauenswürdigkeit, Transparenz und der Verifizierbarkeit von CO2-Zertifikaten. Die Biden-Administration unterstützt diese freiwilligen Märkte, vor allem, da ähnliche umfassende Systeme in den USA als politisch nicht mehrheitsfähig gelten. Die Leitlinien sind nicht bindend, sondern sollen aufzeigen, wie ethische Teilnahme in freiwilligen CO2-Märkten aussehen kann. Einen Durchsetzungsmechanismus gibt es nicht. Stattdessen verweist die Administration auf vorgeschlagene Richtlinien der *Commodity Futures Trading Commission* und ihrer Environmental Fraud Task Force. Neben einer Reihe an Grundlagen für Betreiber von Märkten enthält die Erklärung der Administration auch Vorschläge zur Transparenz für börsennotierte Unternehmen, die Zertifikate in Anspruch nehmen.

Besonders die Anrechnung auf die Scope-3-Emissionen von Unternehmen steht im Fokus der Auseinandersetzung um die Vertrauenswürdigkeit der Zertifikate. Die Administration plädiert nun, dass Firmen ihre Zertifikate nur auf den Teil ihrer Scope-3-Emissionen anrechnen soll, der nach wissenschaftlichen Standards ansonsten tatsächlich unvermeidbar wäre. So könne *Greenwashing* vorgebeugt werden und CO2-Zertifikate zu messbaren Emissionsminderungen beitragen. Neben der Biden-Administration arbeitet auch der Integrity Council for the Voluntary Carbon Market (ICVCM) an Zertifizierungen und Auszeichnungen für CO2-Märkte von hoher Qualität. Drei der vier größten US-Programme sind bereits ausgezeichnet.

### **Striktere Kraftstoffeffizienznormen in abgeschwächter Form**

Das US-Verkehrsministerium hat die finale Regel zu zwei neuen US-Kraftstoffeffizienznormen veröffentlicht. Diese ist im Vergleich zu früheren Vorschlägen deutlich abgeschwächt. Kleinere PKW dürfen demnach ab den Modelljahren 2027-2031 einen durchschnittlichen Verbrauch von 21,4 Kilometer pro Liter Benzin nicht unterschreiten. Aktuell liegt dieser Grenzwert bei 16,6 km/l Für SUV und Pickups gilt ab 2029-2031 analog 19,1 km/l, aktuell sind es 14,9 km/l. Die Autoindustrie lobte die etwas schwächere Erhöhung der Werte. Diese stehe nun im Einklang mit den neuen Emissionsgrenzwerten der US-Umweltschutzbehörde EPA und könnten mit derselben Generation neuer Fahrzeuge erfüllt werden. (pm)

## ICYMI



Diese Woche war eine Delegation von Vertretern deutscher Unternehmen aus der Digitalbranche unter Führung von Thomas Koenen und Stefanie Stündel aus der Abteilung Digitalisierung und Innovation des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zu Besuch in Washington. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, sich mit Vertretern des US-Wirtschaftsministeriums (DOC), des *US-Department of State*, des US-Finanzministeriums und anderen Interessenvertretern auszutauschen. Des Weiteren besuchten sie zwei innovative Technologieunternehmen im naheliegenden Virginia. (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)



Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200  
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!

# Washington News

Handel | Digital | Energie

Mai 2024



## Im Fokus



### US-Inflations- und Arbeitslosenraten bleiben stabil

Der *Consumer Price Index* (CPI) des US-Arbeitsministeriums ist im Vergleich zum Vorjahr 3,5 auf 3,4 Prozent geringfügig zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote bleibt konstant bei 3,9 Prozent. Laut des *Bureau of Labor Statistics* liegt die US-Arbeitslosenquote seit vergangenem August in einer Spanne zwischen 3,7 und 3,9 Prozent.

Die Inflationsrate und die Zinspolitik der US-Notenbank *Federal Reserve* haben großen Einfluss auf die Stimmung im Wahlkampf. Das Weißes Haus unterstrich die verlangsamten Preissteigerungen der vergangenen zwei Jahre, betonte aber auch, dass die Preise für viele Familien immer noch zu hoch seien. Die Bekämpfung der Inflation sei weiterhin Bidens oberste Priorität. US-Republikaner hingegen vergleichen aktuelle Preise mit jenen von vor Bidens Amtszeit und geben seiner Wirtschaftspolitik Schuld an der andauernd hohen Inflationsrate.

Um die Inflation unter Kontrolle zu bringen, hält die *Federal Reserve* den Zinssatz bei 5,33 Prozent. Viele Investoren warten gespannt auf eine Lockerung der Zinspolitik. Zeichen der Abkühlung auf dem Arbeitsmarkt und eine weitere Verringerung der Inflationsrate werden von den US-Börsen freundlich begrüßt. (jm)



## Handel

### Biden erhöht Zölle auf chinesische Waren aus strategischen Branchen

Im Anschluss an die vierjährige Überprüfung der Section 301 Zölle auf chinesische Waren durch das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) kündigte die Biden Administration höhere Zölle auf chinesische Waren aus strategischen Branchen wie *Clean-Tech*-Güter, Elektrofahrzeuge, Halbleiter sowie Stahl und Aluminium an. Die Zölle betreffen gezielt jene chinesischen Güter, die mit US-Industrien konkurrieren und von der Biden-Regierung gefördert werden. Viele der Zollerhöhungen sind für das Jahr 2024 vorgesehen, einige treten jedoch erst 2025 oder 2026 in Kraft, um eine Überbrückungsphase zu schaffen, die den Ausbau der heimischen Produktion ermöglicht. Die Tarifierhöhungen im *Clean-Tech*-Sektor umfassen Stahl und Aluminium (von 0-7,5% auf 25% im Jahr 2024), Halbleiter (von 25 % auf 50 % bis 2025), Elektrofahrzeuge (von 25 % auf 100 % im Jahr 2024),

Solarzellen (von 25 % auf 50 % im Jahr 2024) und bestimmte kritische Mineralien (von Null

Received by NSD/FARA Registration Unit 07/29/2024 8:17:45 AM  
auf 25% im Jahr 2026). In ihrem Abschlussbericht empfiehlt USTR die Einführung eines Ausschlussverfahrens für Maschinen, mechanische Geräte und elektrische Maschinen, die für die inländische Produktion verwendet werden. USTR schlug außerdem eine Liste mit 19 vorübergehenden Ausnahmen für bestimmte Solaranlagen vor. Der Prozess für öffentliche Kommentare zu den vorgeschlagenen Zolländerungen und den empfohlenen Ausnahmen soll kommende Woche im Federal Register bekanntgegeben werden.

### **Antidumping- und Ausgleichszolluntersuchungen auf Solarimporte**

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat eine Antidumping- und Ausgleichszolluntersuchungen zu kristallinen Silizium-Photovoltaikzellen aus Kambodscha, Malaysia, Thailand und Vietnam angekündigt. Der Antrag an das DOC und an die Internationale Handelskommission der USA (ITC) für die Zölle kam vom American Alliance for Solar Manufacturing Trade Committee, ein



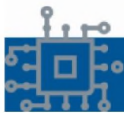
Zusammenschluss führender US-Solarhersteller.

US-Solarhersteller behaupten, dass illegale Handelspraktiken von Kambodscha, Malaysia, Thailand und Vietnam der US-Solarindustrie schaden würden. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt auf den Einfuhren von Unternehmen mit Hauptsitz in China.

Vergangenes Jahr hatte das DOC festgestellt, dass chinesische Hersteller die US-Zölle umgehen, indem sie ihre Produkte über die oben genannten Länder versenden. Die Biden-Administration hatte ein im Juni 2024 ablaufendes zweijähriges Moratorium für diese Zölle erlassen mit der Begründung, dass diese Einfuhren zur Deckung der Inlandsnachfrage in den USA erforderlich seien. Dem Antrag zufolge haben die Hersteller mit Hauptsitz in China ihre Lieferketten währenddessen umgestellt, so dass ihre in Südostasien ansässigen Lieferanten nicht mehr gegen die Umgehungsentscheidung verstoßen.

### **Climate and Trade Task Force: Die Antwort der US-Regierung auf den CBAM der EU**

Das Weiße Haus hat eine neue Climate and Trade Task Force angekündigt. Diese soll aus Vertretern verschiedener US-Ministerien bestehen und ein Forum für die US-Regierung sein, um an den Themen Carbon Leakage und Daten-Methodologien für CO<sub>2</sub>-Intensität von Gütern zu arbeiten. Die Task Force soll auch den Dialog mit Partnern und Verbündeten vertiefen. Der EU-CBAM sowie ähnliche Mechanismen in Großbritannien und Australien wurden in der Ankündigung erwähnt. Der neue Klimabeauftragte der US-Regierung, John Podesta, betonte, die Administration sei offen für Vorschläge im Kongress zu einer US-Version eines Kohlenstoff-Grenzausgleichs oder einer Gebühr für ausländisch verursachte Umweltverschmutzung ähnlich dem europäischen CBAM. Derzeit liegen dem Kongress dazu zwei Vorschläge vor, einer aus demokratischen, der andere aus republikanischen Reihen. Beide Entwürfe ähneln eher einer CO<sub>2</sub>-Importsteuer als einem Grenzausgleichsmechanismus. Die Ankündigung der Task Force durch das Weiße Haus ist gleichzeitig als Wahlkampfmanöver und als implizite Unterstützung für ein US-Carbon-Leakage-Schutzinstrument zu verstehen. (sh)



## Digital



### **USA setzen auf internationale Normen und Zusammenarbeit mit Partnern bei Cyberdiplomatie**

Die neu veröffentlichte internationale Cyberraumstrategie des US-State Department beschreibt die Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen die USA und die internationale Gemeinschaft konfrontiert sind, wie Cyberangriffe, konkurrierende Internetnormen und

zunehmende Online-Zensur. Die Strategie nennt China als die größte Cyber-Bedrohung für US-Netzwerke und kritisiert autoritäre Regierungen für die Zensur und Überwachung  
Received by NSD/FARA Registration Unit 07/29/2024 8:17:45 AM

von zivilgesellschaftlichen Online-Aktivitäten. Zu den Aktionspunkten der Strategie gehören der Aufbau eines internationalen Konsenses über Normen für verantwortungsvolles staatliches Verhalten im Cyberspace und die Zusammenarbeit mit Partnerländern bei der Verbesserung ihrer Cybersicherheitsfähigkeiten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherstellung, dass aufkommende Technologien wie Künstliche Intelligenz die individuelle Freiheit und demokratische Werte respektieren. Die USA werden auch eine sichere und widerstandsfähige Infrastruktur für die Informations- und Kommunikationstechnologie fördern. Dafür sind gemeinsame Projekte mit Partnern zur 6G-Forschung, zum Bau von Unterseekabeln und zur Entwicklung offener Funkzugangsnetze geplant.

### **Raimondo betont Rolle des DOC für ökonomische Sicherheit der USA**

US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo betonte bei der Vorstellung des Haushaltsantrags des US-Präsidenten für das Haushaltsjahr 2025 vor dem Haushaltsausschuss des US-Repräsentantenhauses die Rolle ihres Ministeriums beim Schutz der US-Technologie und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Der Antrag auf 11,4 Milliarden US-Dollar an diskretionären Mitteln und vier Milliarden Dollar an obligatorischen Mitteln beinhaltet eine Aufstockung der Finanzierung zur Durchsetzung der Exportkontrolle durch das *Bureau of Industry and Security* sowie neue Gelder für die *International Trade Administration* zur Unterstützung von Maßnahmen zur Überprüfung von Auslandsinvestitionen. Auf die Frage nach der Umsetzung der Exekutivverordnung von Präsident Biden über Auslandsinvestitionen betonte Raimondo, dass hier das US-Finanzministerium die Federführung habe, sie aber davon ausgehe, dass die Regelung bis zum Ende des Kalenderjahres fertig gestellt sei. Der Haushaltsantrag des US-Wirtschaftsministeriums umfasst auch Mittel für die Forschung und Durchsetzung von Künstlicher Intelligenz, für Programme zur Sicherung von Lieferketten und für Handelsförderungsmaßnahmen, die gegen unfaire Handelspraktiken und wirtschaftliche Nötigung durch China gerichtet sind.

### **Senatoren legen Prioritäten für KI-Politik vor**

Eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe von Senatoren, geleitet von Mehrheitsführer Sen. Chuck Schumer (D-NY), hat einen Bericht mit mehreren Forderungen für die Entwicklung und Regulierung Künstlicher Intelligenz veröffentlicht. Danach sollten die USA mindestens knapp 32 Mrd. US-Dollar pro Jahr für Forschung und Entwicklung im KI-Bereich ausgeben. Weitere Ressourcen für akademische Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten sollen auch durch Bundesgelder finanziert werden, beispielsweise durch das Pilotprojekt *National AI Research Resource* (NAIRR). Die Arbeitsgruppe forderte auch eine Untersuchung der Auswirkungen von KI-Technologien auf den Arbeitsmarkt und Maßnahmen zur Risikominimierung in Bereichen wie Wahlen, Diskriminierung oder der nationalen Sicherheit. Die Gruppe gab auch ihre Unterstützung für ein Datenschutzgesetz auf Bundesebene bekannt, das mögliche Verletzungen der Privatsphäre durch KI-Technologien verhindern soll. (jm)



## Energie

### **Reform von Genehmigungsverfahren für Hochspannungsleitungen geht ohne Kongress voran**

Die US-Energieregulierungskommission FERC, ähnlich der deutschen Bundesnetzagentur, kündigte am Montag eine wesentliche Änderung der Regeln für den Zubau von Hochspannungsleitungen an, um Engpässen zu begegnen und das Stromnetz auszubauen. Derzeit warten große Erneuerbare Energieprojekte auf die Genehmigung eines Netzanschlusses. Die



Verordnung (Order 1920) verlangt von den Eigentümern der Übertragungsnetze Entscheidungen über den Bau regionaler Übertragungskapazitäten auf der Grundlage langfristiger, vorausschauender Daten zu treffen. Die Verordnung legt auch neue

Verbraucheremitteln wird ein zentrales Kriterium bei der Entscheidung, wie Kosten für neue Stromleitungen verteilt werden. Außerdem werden die Eigentümer von Übertragungsleitungen verpflichtet, netzverbessernde Technologien in Betracht zu ziehen, was nach Ansicht von Experten die Kapazität des bestehenden Übertragungsnetzes erheblich erweitern könnte. Mit der Verordnung, verabschiedet mit 2:1 Stimmen des Vorsitzenden Willie Phillips und der liberalen Kommissarin Allison Clements, versucht die FERC zu klären, wer für den massiven Netzausbau aufkommen muss, der erforderlich ist, um Joe Bidens Ziele für erneuerbare Energien zu erreichen. Der republikanische Kommissar Mark Christie veröffentlichte eine 77-seitige abweichende Stellungnahme, in der er argumentiert, dass die Kosten für Endverbraucher zu hoch und unfair verteilt seien. Republikanische Kongressabgeordnete schlossen sich der Kritik von Christie an.

Alle drei Kommissare stimmten hingegen einstimmig für eine überarbeitete Regel zur sogenannten Backstop-Befugnis der FERC (Order 1977). Diese befugt die Bundeskommission, statt der Einzelstaaten, Hochspannungsleitungen in Regionen zu genehmigen, die vom Energieministerium als National Interest Electric Transmission Corridors (NIETCs) ausgewiesen werden. Das US-Energieministerium hat jüngst zehn solcher Regionen ausgewiesen. Die FERC kann erst ein Jahr nachdem ein Projektentwickler in einem Bundesstaat den Bau einer Stromleitung beantragt hat eingreifen.

### **EPA fordert Emissionsreduzierung bei fossilen KWs bis 2032, sonst droht Abschaltung**

Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat ein Regelverfahren zu Emissionen von US-Kohlekraftwerken und neuen Gaskraftwerken fertiggestellt. Nach dieser Regel müssen Kraftwerke, die nach 2039 noch laufen sollen, ab 2032 90 Prozent ihrer Emissionen mit Hilfe von Technologien wie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung reduzieren. Andernfalls müssen sie 2038 vom Netz gehen, eine Maßnahme, die zurzeit rund die Hälfte der circa 215 Kohlekraftwerke in den USA planen. Kraftwerke, die vor 2032 abgeschaltet werden, sind von den neuen Regulierungen ausgenommen. Kraftwerke, die zwischen 2033 und 2039 weiterproduzieren, müssen zu 40 Prozent mit Gas co-feuern. Neue Gaskraftwerke sind von dieser Regelung ebenfalls betroffen. Sonderregelungen existieren für Kraftwerke, die zum Spitzenausgleich genutzt werden. Die EPA kündigte an, die analogen Regelungen für bestehende Gaskraftwerke erst nach 2024 fertigzustellen. Die finale Regelung wird derzeit von verschiedenen Organisationen und von republikanisch-geführten Staaten vor Gericht angefochten. Hauptkritikpunkte sind die Einstufung der EPA von CCS als kommerziell verfügbare Technologie zur Emissionsvermeidung sowie Befürchtungen über Auswirkungen auf die Netzstabilität.

### **IRA E-Auto-Steuerentschuldung lässt teilweise Mineralien aus China zu**

Die Biden-Administration hat die finalen Leitlinien für die Steuerentschuldung für Elektrofahrzeuge des *Inflation Reduction Act* fertiggestellt. Die ursprünglich im Dezember vorgeschlagenen Leitlinien stellen klar, welche Zulieferer aus sogenannten „bedenklichen Staaten“ (China, Russland, Iran, Nordkorea) von der Steuerentschuldung ausgeschlossen sind und welche E-Auto-Modelle förderberechtigt sind. Die neuen Regeln sehen eine zweijährige Übergangsfrist für das Verbot von schwer rückverfolgbaren Stoffen vor. Im Rahmen dieser Regelung müssen die Automobilhersteller Pläne zur Verlagerung ihrer Lieferketten weg von „bedenklichen“ Unternehmen vorlegen. Automobilhersteller hatten gefordert, dass Graphit unter eine Übergangsfrist fällt, da sonst kein einziges Modell mehr für die Steuerentschuldung in Frage käme. Gegner argumentierten, dass ein solcher Schritt Investitionen in die wachsende Produktion kritischer Mineralien in den USA hemmen würde. Die endgültige Regelung sieht vor, dass Graphit für zwei Jahre im Rahmen der Übergangsregelung ausgenommen wird. Außerdem bestätigen die Leitlinien die Auffassung der Biden-Administration, wonach Abkommen über kritische Mineralien für die Zwecke der Steuerentschuldung als formelles Freihandelsabkommen gelten können. Mit einem solchen Abkommen hatte sich zunächst Japan Zugang zur Steuerentschuldung für japanische Batterien gesichert. Verhandlungen mit der EU erzielten zuletzt nur wenig Fortschritt. (pm)



## In Kürze



**HOW TO DO BUSINESS  
WITH THE WORLD BANK**

A BEGINNER'S GUIDE TO  
WORLD BANK PROCUREMENT

TUESDAY, JUNE 4  
10:00 EST / 16:00 CEST  
ZOOM



Am 4. Juni um 16 Uhr MEZ bietet die Delegation of German Industry and Commerce (DGIC) ein Einführungsseminar zum Weltbankbeschaffungsprozess an. Das Webinar gibt unter anderem einen Überblick, wie und wo Frühinformationen abgerufen werden können. Weitere Informationen und den Link zur kostenfreien Anmeldung finden Sie [hier](#).



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



# Washington News

Handel | Digital | Energie

März 2024



## Im Fokus



### Haushaltsverhandlungen im Kongress

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Fraktionsführungen in beiden Kammern des Kongresses und das Weiße Haus auf Ausgabenniveaus für das Haushaltsjahr 2024 geeinigt. Die Übergangsförderung für einige US-Bundesbehörden läuft am 22. März aus. Sollte der Kongress das Haushaltspaket vor der Frist nicht verabschiedet, ist ein kurzer Regierungsschutdown möglich.

Das 1,2 Billionen US-Dollar schwere Paket erhöht die Ausgaben im Verteidigungsbereich und enthält leichte Kürzungen für die Außen-, Arbeits- und Gesundheitsministerien. Ausgaben für verteidigungsrelevante Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Grenzschutzmaßnahmen wurden priorisiert. Republikaner wie Demokraten gaben an, dass sie durch ihr Verhandlungsgeschick verhindern

konnten, dass die Vorschläge des politischen Gegners bei der finalen Version übernommen wurden.

Ein weiteres Finanzpaket mit Hilfen für wichtige US-Partner wie die Ukraine, Israel und Taiwan steht auch zur Debatte. Das knapp 95 Mrd. US-Dollar schwere Paket wurde bereits vor sechs Wochen vom Senat verabschiedet. Einige Republikaner sehen weitere Hilfen für die Ukraine zunehmend kritisch und fordern, das Paket nach Ländern aufzuteilen. Das Weiße Haus kritisierte die Verzögerung des Hilfspakets scharf und wies darauf hin, dass Unterstützung für US-Partnerländer breite parteiübergreifende Zustimmung im Kongress und in der US-Bevölkerung trägt. (jm)



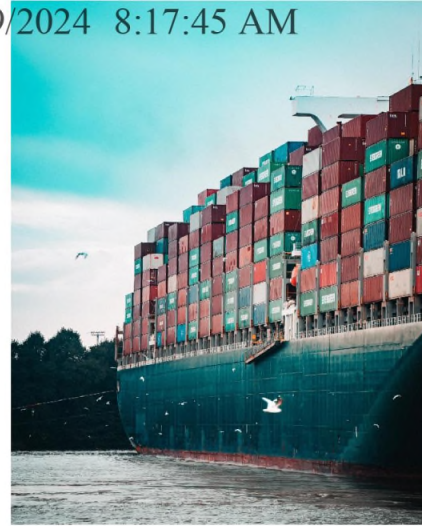
## Handel

### USTR veröffentlicht Bericht über Chinas WTO-Konformität

Das Büro der Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten (USTR) hat seinen Bericht 2023 an den Kongress über Chinas WTO-Konformität veröffentlicht.

Laut des Jahresberichts 2022 stellt China weiterhin

das von der Welthandelsorganisation (WTO) geschaffene internationale Handelssystem in Frage. Chinas staatlich gelenkte, nicht marktwirtschaftlichen Ansätze in Wirtschaft und Handel hätten in den vergangenen zehn Jahren eher zu- als abgenommen. Der Bericht legt dar, wie diese Praktiken die Dominanz chinesischer Unternehmen sowohl im Inland als auch auf den Weltmärkten sichern. Dafür unterstütze China regulatorisch und finanziell seine eigenen Industrien und verfolge eine Politik, die ausländische Konkurrenten benachteiligt. Die Volksrepublik konzentrierte sich gleichermaßen auf traditionelle und aufstrebende Industrien. Die bestehenden WTO-Regeln hätten diese Praktiken bislang nicht wirksam bekämpft. Die Vereinigten Staaten sehen in einer „Abkopplung“ von China keine Lösung. Stattdessen kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten in heimische Industrien investieren, bilaterale Beziehungen zu China gezielt pflegen und mit Verbündeten zusammenarbeiten müssen, um neue Strategien zu entwickeln und so Chinas marktfremden Praktiken zu begegnen - auch außerhalb der WTO.

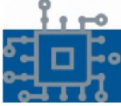


### **Präsident Bidens handelspolitische Agenda 2024 und Jahresbericht 2023**

Der von USTR veröffentlichte Bericht *2024 Trade Policy Agenda and 2023 Annual Report* verspricht, die Rechte der Arbeitnehmer, die Nachhaltigkeit und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten sowie nachhaltige Handelspraktiken weiter zu fördern. Der Bericht hebt die Handelsvereinbarungen der Regierung hervor, darunter die Handelsinitiative für das 21. Jahrhundert zwischen den USA und Taiwan, die strategische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und Kenia, das *Indo-Pacific Economic Framework* (IPEF) und die *Americas Partnership for Economic Prosperity* (APEC). Das Dokument verschafft auch Klarheit über den Status dieser Prioritäten. USTR bestätigte das Engagement der Vereinigten Staaten und der IPEF-Partner für die Entwicklung hoher Standards und greifbarer Vorteile der Handelssäule, trotz der Behauptungen von Senator Sherrod Brown (D-OH), dass die Säule aus dem Rahmenwerk entfällt. Der Bericht unterstreicht auch die Bemühungen des USTR, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten mit einem neuen Ansatz für die Handels- und Investitionspolitik zu stärken, der die nationale Wirtschaftspolitik einbezieht. Die Agenda 2024 enthält eine neue Formulierung zur Einbindung anderer Partner in die laufenden Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union über ein globales Abkommen über nachhaltigen Stahl und Aluminium (GASSA). In seinem Schreiben *Views and Estimates Letter to the Committee on the Budget* hat das *House Ways and Means* Gremium seine Absicht dargelegt, die Verhandlungen der Regierung über Handelspartnerschaften sowie die Durchsetzung von Handelsabkommen wie dem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (USMCA) genau zu überwachen.

### **Mögliche Wiedereinführungen von Section 232 Zölle auf Stahl aus Mexiko**

Gesetzgeber im Senat und Repräsentantenhaus haben überparteiliche Gesetzentwürfe zur Wiedereinführung der Zölle nach Section 232 auf Stahl aus Mexiko eingebracht. Begründet werden die Vorstöße damit, dass die Einfuhren von mexikanischem Stahl stark zugenommen haben. Die Senatoren Sherrod Brown (D-Ohio) und Tom Cotton (R-Arkansas) sind die Hauptsponsoren des Stop Mexico's Steel Surge Act im Senat, während die Abgeordneten Rick Crawford (R-Arkansas) und Frank Mrvan (D-Indiana) einen entsprechenden Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus eingebracht haben. Der Gesetzentwurf würde die von der Trump-Administration verhängten Zölle in Höhe von 25 Prozent für mindestens ein Jahr wieder in Kraft setzen. Der Präsident hätte die Befugnis, Kontingente oder Zollsätze für bestimmte Waren einzuführen, deren Einfuhr erheblich angestiegen ist. Um die Zölle wieder aufzuheben, müssen das Büro der US-Handelsbeauftragten und das US-Wirtschaftsministerium DOC bestätigen, dass Mexiko Maßnahmen ergriffen hat, die das Land in Einklang mit dem gemeinsamen Abkommen über Stahl und Aluminium von 2019 bringen. (sh)



## Digital



### Zwei Gesetzentwürfe zur Beschränkung von Anwendungen und Datentransfers verabschiedet

Das US-Repräsentantenhaus hat mit einer großen Mehrheit den *Protecting Americans from Foreign Adversary Controlled Applications Act* verabschiedet. Der Gesetzentwurf wurde sowohl von der republikanischen als auch von der demokratischen Fraktion mehrheitlich

unterstützt. Der Gesetzentwurf würde ByteDance dazu zwingen, seine beliebte Social-Media-App TikTok innerhalb von sechs Monaten zu verkaufen. Ansonsten müsste die Firma mit einem Betriebsverbot in den USA rechnen. Für alle anderen Anwendungen, die sich im Besitz oder unter der Kontrolle von Unternehmen in China, Nordkorea, Russland oder dem Iran befinden, würden ähnliche Einschränkungen gelten. Ein begleitender Gesetzentwurf, der *Protecting Americans' Data from Foreign Adversaries Act*, wurde einstimmig angenommen. Dieser Gesetzentwurf würde die Massenübertragung von Daten von US-Bürgern an bedenkliche Länder verbieten. Die Aussichten für beide Gesetzentwürfe im Senat sind unklar. Einige Senatoren haben ihre Unterstützung für die Maßnahmen zum Ausdruck gebracht, während andere alternative Ansätze bevorzugen.

### Deutschland unterzeichnet Anti-Spyware Erklärung

Zusammen mit Finnland, Irland, Japan, Polen und Südkorea hat Deutschland auf dem zweiten Gipfel für Demokratie in Seoul eine gemeinsame Erklärung gegen den Missbrauch kommerzieller Spyware unterzeichnet. Die Erklärung wurde im vergangenen Jahr von 11 Ländern initiiert, inklusive den USA. Die Partnerländer verpflichten sich, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft mögliche Menschenrechtsverletzungen durch Spähsoftware zu verhindern.

### FCC stimmt für die Einführung eines US-Gütesiegels für Cybersicherheit

Die *Federal Communications Commission* (FCC) hat für die Einführung eines freiwilligen Gütesiegels namens US Cyber Trust Mark gestimmt. Es soll Geräte des Internets der Dinge (IoT) markieren, die die FCC-Cybersicherheitsstandards erfüllen. Akkreditierte Labore werden die Konformitätstests für das Programm durchführen. Im Laufe der Zeit können weitere Offenlegungsanforderungen hinzukommen. Die Teilnahme an dem Programm soll später auch für andere Geräte ausgeweitet werden. (jm)



## Energie

### SEC-Regel zu Klima-Offenlegungspflichten wird weiter mit Klagen überzogen

Die demokratische Mehrheit im Board der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC (*Securities and Exchange Commission*) hat die finale Fassung einer Regel für Klima-Offenlegungspflichten verabschiedet. Diese verpflichtet börsennotierte Unternehmen zur Veröffentlichung von Details zu ihren Klimarisiken, Kosten von Unwetterereignissen und – für einige Unternehmen – ihren Treibhausgasemissionen. Demnach müssen sie über die durch den Betrieb und die



Energienutzung verursachten Emissionen berichten (Scope 1 und 2). Diese Offenlegungen sind nur dann verpflichtend, wenn sie für einen „vernünftigen Anleger wesentlich“ seien, so die SEC. Kleinere Unternehmen müssen die

Rechtliche Anforderungen für Treibhausgasemissionen im Allgemeinen nicht erfüllen. In den vergangenen zwei Jahren war die geplante Vorschrift Gegenstand intensiver öffentlicher Debatten. Die fertiggestellte Regelung enthält, im Gegensatz zum ursprünglichen Vorschlag von 2022, keine der umfassenden Angaben zu Scope-3-Emissionen. Republikanische Bundesstaaten, angeführt von West Virginia sowie die US Chamber of Commerce fechten die Verhältnismäßigkeit der Regel vor Gericht an. Das fünfte Bundesberufungsgericht setzte die Umsetzung der Regel nach Klage zweier Gasunternehmen temporär aus. Auch Umweltschutzorganisationen klagen vor Gericht und werfen der SEC-Regel vor, Investoren nicht in ausreichendem Umfang über Klimarisiken und Emissionen zu informieren.

### **EPA enthüllt neue CO2-Flottengrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge**

Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat mit der finalisierten Version neuer CO2-Flottengrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge eine der striktesten Klimaschutzregularien der USA geschaffen. Die Regel verpflichtet Automobilhersteller bis Modelljahr 2032 flottenweite Grenzwerte für Kohlenstoffdioxid von 85 Gramm pro Meile zu erreichen. Für Modelljahr 2024 liegt der Wert bei 192 Gramm pro Meile. Die EPA schreibt Herstellern nicht vor, wie sie diesen Wert technologisch erreichen sollen, allerdings nennen Kritiker die Regel eine de facto E-Auto-Quote. Nach Schätzungen der EPA wird die Regel dazu führen, dass 2032 68 Prozent aller Pkw-Neukäufe elektrische Fahrzeuge sein werden. Dies soll bis 2055 insgesamt 7,2 Milliarden Tonnen CO2 einsparen. Der Verkehrssektor ist die größte CO2-Quelle der USA.

Im Vergleich zum im Jahr 2022 vorgestellten Regelvorschlag ist der Zeitplan der finalen Regel für die Jahre 2027 bis 2030 weniger ambitioniert, was eine zentrale Forderung der Automobilindustrie war. Diese hat sich positiv zu den Änderungen durch die Behörde geäußert. Schwere Kritik kam von republikanischen Senatoren, der US-Öl- und Gasindustrie sowie Biotreibstoffproduzenten und -zulieferern aus der Landwirtschaft. Sollte der US-Kongress die Regel nicht abstrafen, was aufgrund von Bidens Vetomacht als unwahrscheinlich gilt, sind Klagen gegen die Regel wahrscheinlich. Sollte Donald Trump im November die Präsidentschaftswahl gewinnen, könnte er ein neues Verfahren starten und die neue Regel rückgängig machen.

### **Repräsentantenhaus stimmt über energiepolitische Gesetzesentwürfe ab**

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus hat die aktuelle Sitzungswoche als „Energiewoche“ ausgerufen. Dabei stehen eine Reihe an Gesetzesvorschlägen und Resolutionen auf der Tagesordnung, die die Produktion fossiler Brennstoffe fördern, Genehmigungsverfahren des Gewässerschutzgesetzes überarbeiten und verschiedene Regulierungen der Biden-Administration aussetzen würden. Ein Vorschlag würde den sogenannten *Greenhouse Gas Reduction Fund* abschaffen, welcher 27 Milliarden US-Dollar aus dem Inflation Reduction Act für die US-Umweltschutzbehörde EPA bereitstellt. Das Repräsentantenhaus hat bereits zwei Gesetzesentwürfe verabschiedet. Einer würde es der Exekutiven verbieten, in Zukunft Verbote für Fracking-Technologien auszusprechen. Der andere würde die geplante Erhöhung von Förderzinsen für die Öl- und Gasindustrie durch die Biden-Administration blockieren. Des Weiteren schlossen sich einige Demokraten der republikanischen Mehrheit bei einer offiziellen Verurteilung von Bidens Energiepolitik an. Über weitere Gesetzesvorschläge wird im Verlauf der Woche abgestimmt.

Die Republikaner nutzen diese Woche, um ihre energiepolitischen Positionen für den Wahlkampf zu signalisieren. Die Oppositionsarbeit richtet sich gegen die Biden-Administration sowie die Klima- und Energiepolitik der Demokraten im Kongress. Der zentrale Vorwurf lautet, die Demokraten hätten die USA zurück, ihre natürlichen Ressourcen der eigenen Bevölkerung zugutekommen zu lassen und trieben die USA bei Erneuerbaren Technologien in eine Abhängigkeit von China. Auch lehnen sie die regulatorischen Vorstöße der Biden-Administration strikt ab. Die Gesetzesentwürfe haben geringe Aussichten auf Erfolg im demokratisch-kontrollierten Senat und würden schlussendlich an Bidens Veto scheitern, welches der Präsident bereits zu nutzen angekündigt hat. (pm)





Anfang März besuchten BDI-Präsident Prof. Dr. Siegfried Russwurm, DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller und eine Delegation hochrangiger deutscher Unternehmensvertreter im Rahmen der Transatlantic Business Initiative (TBI) Washington, DC. Während der viertägigen Reise hatten die Delegationsteilnehmer die Möglichkeit, sich mit Vertretern von US-Behörden sowie *Think Tanks* und politischen Organisationen

auszutauschen. Außerdem nahmen sie an einem Abendessen mit Vizekanzler Robert Habeck in der Residenz des deutschen Botschafters teil. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die anstehenden US-Wahlen, das Verhältnis zu China und die Stärkung der transatlantischen Wirtschaftsverbindungen. (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

**Kontakt:**

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



# Washington News

Handel | Digital | Energie

Februar 2024



## Im Fokus



### Kongress erwägt Hilfspaket für US-Partner

Mit parteiübergreifender Unterstützung hat der US-Senat ein 95 Mrd. US-Dollar schweres Hilfspaket für internationale Partner der USA wie die Ukraine, Israel und Taiwan verabschiedet. Debattiert wurde ein solches Paket bereits seit mehreren Monaten. Bis vor Kurzem hatten führende Republikaner Hilfe für internationale Partner mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen an der Grenze zu Mexiko verknüpft.

Im US-Repräsentantenhaus hat das Hilfspaket unklare Aussichten auf eine Verabschiedung. Sprecher Mike Johnson (R-LA) und viele Mitglieder der republikanischen Mehrheit kritisierten den Gesetzentwurf aus dem Senat scharf. Johnson schlug vor, dass seine Kammer einen eigenen Vorschlag entwirft und vorlegt, anstatt über den Senatstext abzustimmen.

Das Weiße Haus verlangt ein schnelles Vorgehen für das Hilfspaket, während innerhalb der republikanischen Partei weitere Unterstützung für die Ukraine immer kritischer gesehen wird. Präsidentschaftskandidat Trump schlug vor, dass weitere Hilfen von den USA an die Ukraine in Form von Krediten erfolgen sollten. Parallel zur Debatte über das internationale Hilfspaket läuft der Überbrückungshaushalt für US-Bundesbehörden in der ersten Märzwoche aus. Sollte dieser nicht wieder verlängert oder ein langfristiger Haushalt verabschiedet werden, droht erneut ein *government shutdown*. (jm)



## Handel

### Halbjahrestagung zum *United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA)*

In Vorbereitung auf die vierte Sitzung der Freihandelskommission (FTC), die noch in diesem Jahr stattfinden soll, hielten die USA, Kanada und Mexiko zum dritten Mal eine Halbjahrestagung im Rahmen des USA-Mexiko-Kanada-Abkommens.

(USMCA) ab. Die Handelsvertreter erhielten aktuelle Informationen von sechs Ausschüssen: (1) Umwelt, (2) Arbeit, (3) Wettbewerbsfähigkeit Nordamerikas, (4) kleine und mittelständische Unternehmen, (5) Handelserleichterung und (6) private Handelsstreitigkeiten. Die Arbeit des Ausschusses für nordamerikanische Wettbewerbsfähigkeit, der im Juli 2022 eingerichtet wurde, um Unterbrechungen in Lieferketten entgegenzuwirken, und die Bemühungen des Rates für Arbeit, die Risiken von Zwangsarbeit in Lieferketten anzugehen, wurden auch besprochen. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Handelsvertreter ihr Engagement für das USMCA mit Blick auf die erste sechsjährige Überprüfung des Abkommens im Jahr 2026. Bei einem separaten Treffen mit dem mexikanischen Staatssekretär für Außenhandel ,Alejandro Encinas Nájera, sprach Cara Morrow, leitende Beraterin der US-Handelsbeauftragten, über den jüngsten Anstieg der mexikanischen Stahl- und Aluminiumexporte in die Vereinigten Staaten und die Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen des *Rapid Response Labor Mechanism*. Gemeinsam mit dem stellvertretenden kanadischen Minister für internationalen Handel, Rob Stewart, bekräftigte Cara Morrow die Bedenken der Vereinigten Staaten gegen die von Kanada vorgeschlagene Steuer auf digitale Dienstleistungen und die Zuteilung von Zollkontingenten für Milchprodukte.



### **USTR Bericht – 2023 Review of Notorious Markets for Counterfeiting and Piracy**

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) veröffentlichte seinen Bericht für 2023 über berüchtigte Märkte für Fälschungen und Piraterie (*2023 Review of Notorious Markets for Counterfeiting and Piracy*). In dem Bericht werden 39 Online-Märkte und 33 physische Märkte genannt, wobei China als größte Quelle für gefälschte Waren aufgeführt ist. Der diesjährige Themenschwerpunkt hebt die potenziellen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken hervor, die von gefälschten Waren ausgehen, da diese häufig außerhalb der behördlichen Aufsicht und Produktsicherheitskontrollen und mit minderwertigen Materialien hergestellt werden. Zu den Produktbereichen, die in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit besonders besorgniserregend sind, gehören: Kinderprodukte und Spielzeug, Autoteile, Elektronik, Arzneimittel und medizinischer Bedarf, Bekleidung und Schuhe. Die Vereinigten Staaten fordern ihre Handelspartner auf, ihre Vollstreckungsmethoden den neuen Taktiken der Fälscher anzupassen. Außerdem sollten örtliche Beamte befugt sein, verdächtige Waren zu beschlagnahmen und verbotene Waren im Land zu vernichten.

### **Keine Zölle auf Zinnwalzprodukte aus Deutschland**

Die Internationale Handelskommission (ITC) stellte in ihrer Untersuchung fest, dass die Einfuhren von Zinnwalzprodukten aus China, Kanada und Deutschland der US-Industrie nicht schaden. Noch vergangenen Monat hatte das US-Wirtschaftsministerium (DOC) moniert, dass Einfuhren aus Deutschland, Kanada und China zu unfairen Preisen verkauft und von der chinesischen Regierung subventioniert würden. Die Untersuchung waren im vergangenen Jahr nach Forderungen des US-Stahlherstellers Cleveland-Cliffs und der *United Steelworkers* eingeleitet worden. Infolge der neuen Ergebnisse der ITC werden keine Antidumping- und Ausgleichszölle erhoben. Während US-Senator Sherrod Brown (D-OH) kritisierte, dass die Entscheidung der ITC die US-amerikanische Stahlindustrie nicht in Schutz nehme, wurde sie von ausländischen Verbündeten und Industrieverbänden unterstützt. Die *Consumer Brands Association of America* lobte die Entscheidung und verwies auf ansteigende Kosten von Konservendosen und 40.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, die durch zusätzliche Zölle gefährdet worden wären. (sh)



## Digital

**Biden-Administration kündigt 5 Mrd. Dollar für Halbleiter FuE-Programm an**



n Center (NSTC) eine öffentlich-private Partnerschaft unter Aufsicht des US-Wirtschaftsministeriums, soll mindestens 5 Mrd. US-Dollar Finanzierung für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Ausbildungsprogramme erhalten. Der *CHIPS and Science Act* stellt insgesamt 11 Mrd. Dollar für das NTSC und vier weitere verbundene Programme bereit. Mit den Geldern soll das NTSC die US-Halbleiterbranche bei der Entwicklung und Kommerzialisierung neuer

Technologien unterstützen. Die neue Partnerschaft soll regionale Ausbildungsinitiativen für Fachkräfte im Halbleiterbereich fördern.

### US-Wirtschaftsministerium gründet KI-Sicherheitskonsortium

US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo hat die Gründung des *US AI Safety Institute Consortium* (AISIC) mit einer anfänglichen Liste von über 200 teilnehmenden Organisationen aus dem privaten Sektor, der Zivilgesellschaft sowie staatlichen und lokalen Regierungen angekündigt. Das neue Konsortium soll innerhalb des *US AI Safety Institute* (USAISI) untergebracht werden, das vom *National Institute of Standards and Technology* (NIST) betrieben wird. Das AISIC-Konsortium soll das NIST bei der Entwicklung von Richtlinien für gegnerische Tests von KI-Modellen, Fähigkeitsbewertungen, Risikomanagement und anderen KI-Sicherheitsmaßnahmen beraten. Nach Angaben des US-Wirtschaftsministeriums wird das AISIC auch mit gleichgesinnten Nationen zusammenarbeiten, um die Entwicklung interoperabler KI-Tools auf internationaler Ebene zu unterstützen.

### National Science Foundation startet Pilotprogramm für KI-Forschung

Das *National Artificial Intelligence Research Resource* (NAIRR) ist ein zweijähriges Pilotprogramm zur Bereitstellung gemeinsamer KI-Ressourcen für Forscher. US-Bundesbehörden und Partner aus der Privatwirtschaft werden Software, Rechenkapazität, Datensätze und Datenschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen, damit Forscher mit KI-Systemen experimentieren können. Der Kongress beauftragte die *National Science Foundation* (NSF) zunächst mit dem *National AI Initiative Act of 2020*, einen Umsetzungsplan für das NAIRR zu entwickeln. US-Präsident Biden hatte die Umsetzung des Pilotprogramms im vergangenen Herbst mit der *Executive Order 14110* offiziell angewiesen. Die ranghöchste Demokratin des Wissenschaftsausschusses im Repräsentantenhaus, Zoe Lofgren (D-CA), forderte die Genehmigung des Programms durch den Kongress und die Bereitstellung von Mitteln für seine Erweiterung. (jm)



## Energie

### Biden-Regierung pausiert Genehmigungen für neue LNG-Exportterminals

LNG-Exporte aus den USA in Länder, mit denen kein Freihandelsabkommen besteht, müssen zunächst vom US-Energieministerium genehmigt werden. Dabei wird hauptsächlich geprüft, ob Exporte im „öffentlichen Interesse“ der Vereinigten Staaten sind. Die Biden-Regierung hat nun eine Überprüfung der



Bewertungskriterien angekündigt, insbesondere mögliche Auswirkungen auf (1) das Klima, (2) die Binnenwirtschaft und inländische Gaspreise und (3) die nationale Sicherheit. Das Pausieren der Genehmigungsverfahren während der Untersuchung betrifft vor allem vier Projekte, die 2024 finale Investitionsentscheidungen erhalten sollten und dem Ministerium derzeit zur Genehmigung vorliegen. Die acht laufenden LNG-Terminals sind hiervon nicht betroffen. In einem ergänzenden Dokument bestreitet das Weiße Haus, dass die Pause LNG-Lieferungen nach Europa „in naher Zukunft“ beeinträchtigen würde. Die Pause enthält begrenzte Ausnahmen für unvorhergesehene und unmittelbare

Die sogenannten „Nationalen Labore“ unter dem US-Energieministerium werden mit der Prüfung beauftragt, die wahrscheinlich bis nach der US-Präsidentenwahl im November andauern wird. Im Kontext des knappen Rennens um die Präsidentschaft gilt der vorläufige Genehmigungsstopp als Signal Bidens an den progressiven Flügel der Demokraten. Durch die zeitliche Verzögerung ist ein Ergebnis der Kriterienprüfung erst nach den Wahlen zu erwarten. Biden vermeidet so, eine politisch noch kostspieligere Entscheidung im Wahlkampf zu treffen.

Zu den Befürwortern der Genehmigungspause gehören unter anderem Umweltschutzverbände, die den Schritt als historischen Sieg begrüßten, nachdem einige von ihnen eine Kampagne für ein Ende der Genehmigungen neuer LNG-Exportterminals im Jahr 2023 gestartet hatten. Weitere Unterstützung kam von einer Gruppe von mehr als 60 linken Demokraten im Kongress und einer ähnlichen Anzahl Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Die Kriterienprüfung und der unbefristete Aufschub neuer Genehmigungen erhielten schwere Kritik von Wirtschafts- und Unternehmensverbänden, Republikanern und gemäßigten Demokraten. Erste Erklärungen kamen unter anderem von der US Chamber of Commerce, dem American Petroleum Institute und Eurogas. Letztere sagte auch in einer Anhörung vor dem Ausschuss für Energie und Natürliche Ressourcen des US-Senats aus. Die Vorsitzende des Energie- und Handelsausschusses des Repräsentantenhauses, Cathy McMorris Rodgers (R-WA), prangerte an, das Vorgehen der Regierung stelle die Energiesicherheit der USA und ihrer Verbündeten in Frage und sei ein Geschenk an Vladimir Putin. Als Reaktion haben die Republikaner und einige Demokraten im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der Genehmigungsverfahren vom US-Energieministerium an die unabhängige US-Energieregulierungsbehörde FERC übergeben. Der Vorschlag wird vermutlich keine Beachtung im demokratisch-geführten Senat finden. Aus dem US-Außenministerium und von Think Tanks wurden Bedenken über die Auswirkungen auf die strategischen außenpolitischen Interessen der USA laut.

### **USA verschärft nationale Luftverschmutzungsnormen**

Die US-Umweltschutzbehörde (*EPA- Environmental Protection Agency*) hat eine verschärfte Luftqualitätsnorm (PM2.5) für Feinstaub- und Rußemissionen und andere Kleinstpartikel veröffentlicht. Mit der neuen Verordnung werden die Grenzwerte um 25 Prozent von 12 auf 9 Mikrogramm pro Kubikmeter gesenkt. Der neue Standard setzt eine Entscheidung der Trump-Administration außer Kraft, die den Standard seit 2012 unverändert gelassen hatte. In den Jahren 2020-2022 wurden in 119 US-Landkreisen (*Counties*) durchschnittliche Jahreswerte von über 9 Mikrogramm gemessen. Die meisten davon liegen in Kalifornien. Die EPA beschloss, die Spitzengrenzwerte für PM2,5 sowie den Standard für größere „grobe“ Partikel (PM10) unverändert zu lassen.

Umweltverbände und das öffentliche Gesundheitswesen befürworten die strengeren Schwellenwerte und verweisen darauf, dass die Rußverschmutzung mit einer Reihe von Gesundheitsrisiken und Umweltschäden verbunden ist. Industrieverbände und Republikaner lehnen die neue Norm ab und warnen, dass sie die Genehmigung neuer Produktionsanlagen und Verkehrsinfrastruktur verzögern könnte. Die *US Chamber of Commerce* veröffentlichte einen Bericht, in dem von einem möglichen Genehmigungsstau für Produktionsanlagen die Rede ist. Die endgültige Regelung wird wahrscheinlich vor Gericht angefochten werden, obwohl ähnliche Fälle im Rahmen des *National Ambient Air Quality Standards*-Programms oft nicht erfolgreich waren. (pm)



ICYMI

Gemeinsam mit der *Delegation of German Industry and Commerce* (DGIC) wurden vergangenen Dienstag die Ergebnisse der



**Business Outlook (GABO) in Washington, D.C.** vorgestellt. An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen neben Dr. Christoph Schemionek, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, auch Melanie Vogelbach, Bereichsleiterin Internationale Wirtschaftspolitik (DIHK), und örtliche Unternehmensvertreter teil. Für die GABO-Umfrage werden jedes Jahr deutsche Unternehmen in den USA nach ihren Marktperspektiven befragt. 91 Prozent der befragten Unternehmen erwarten dieses Jahr einen Anstieg ihres Nettogewinns. In den kommenden drei

Jahren planen 96 Prozent der Befragten, verstärkt in ihre US-Geschäfte zu investieren. Herausforderungen sehen die Unternehmen insbesondere beim Arbeitskräftemangel und der Inflation. Alle Ergebnisse der GABO-Umfrage finden Sie [hier](#). (srs)



## Impressum

### Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

#### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**



# Washington News

## Im Blickpunkt

Liebe Leser:innen,

Diese Ausgabe von „Im Blickpunkt“ beleuchtet mehrere Kernprojekte der regulatorischen Agenda der Biden-Administration. Während US-Präsident Bidens Klima- und Energiepolitik oft für seine breiten Steueranreize, großzügig finanzierte Darlehen und Technologieneutralität bekannt ist, ergibt sich bei einem Blick auf die Regulatorik ein anderes Bild. Exemplarisch werden im Folgenden einige Regeln und Regelvorschläge vorgestellt. Es wird deutlich, dass auch in den USA die Bürokratie nicht zu kurz kommt. Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Beste Grüße

Ihr Washington News Team

### **Nicht nur Anreize: Bidens regulatorische Agenda in der Energie- und Klimapolitik**

Patrick McCown, RGIT  
Februar 2024

#### **Hintergrund: Bidens politische Ziele und die Regulatorik**

In der Energie- und Klimapolitik ist es ausgesprochenes Ziel der Biden-Administration, bis 2030 die Emissionen der USA um 50 bis 52% unter das Niveau von 2005 zu reduzieren. Die Anreizprogramme der Administration sind mit der Debatte um internationale Wettbewerbsfähigkeit auch der deutschen Wirtschaft ein Name: *Bipartisan Infrastructure Law, Inflation Reduction Act, CHIPS & Science Act*. Zuckerbrot gibt es in den USA derzeit viel, doch wie steht es um die „Peitsche“? Auch die gibt es in Form von einer breit aufgestellten regulatorischen Agenda bei der US-Umweltschutzbehörde (EPA), dem US-Energieministerium (DOE), der US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC), oder dem US-Amt für Verwaltung und Haushaltswesen (OMB).

#### **OMB/OIRA: Reform der Regulierungsfolgenabschätzung Circular A-4**

Circular A-4 ist das „Handbuch“ des *Office of Information and Regulatory Affairs* (OIRA) für US-Bundesbehörden, wenn diese Kosten-Nutzen-Analysen für Regelvorschläge und finale Regulierungen durchführen müssen. Die Reform ist das Ergebnis eines Tag-1-Memorandums von Präsident Biden und einer Exekutivanordnung, mit der das OIRA und das *Office of Management and Budget* (OMB) angewiesen wurden, eine überarbeitete Version des „Circular A-4“ zu erstellen. Es ist die erste Überarbeitung seit 20 Jahren. Das OMB erklärt, die Überarbeitung sei notwendig gewesen, um die Qualität der Analysen zur Regulierungsfolgenabschätzung zu verbessern und neuen Entwicklungen bei der Messung nicht-monetärer Auswirkungen Rechnung zu tragen. Bei US-Wirtschaftsverbänden stieß der Reformvorschlag bereits im Juni 2023 auf Skepsis. Neben Circular A-4 wurde auch Circular A-94 überarbeitet, welche die Diskontierungsraten von langfristigen Auswirkungen festsetzt.

Die aktualisierte Regel weist die US-Bundesbehörden unter anderem an, bei Kosten-Nutzen-Analysen von Regularien und Verordnungen dem Mehrwert von nicht-monetären

Rechnen mehr Rechnungen zu tragen, zum Beispiel bei Verbesserungen für würdige Lebensbedingungen, für das Klima und die Umwelt. Eine maßgebliche Änderung ist, dass erstmals internationale Auswirkungen von Regulierungen in manchen Fällen mit einbezogen werden können, auch solche auf Nicht-US-Bürger im Ausland.

Um langfristige, zukünftige Auswirkungen von Regulierungen zu messen, nutzen die USA seit 2003 eine Diskontierungsrate von 3%. Die neue Version von Circular A-4 sieht eine Rate von 2% vor, basierend auf Berechnungen mit aktualisierten Zahlen und einem anderen Inflationsindex. Ferner wird die Rate, statt statisch zu bleiben, fortan alle 3 Jahre aktualisiert. Langzeitriskien wurden in der Version von 2003 mit 7% diskontiert, während die neue Regulierung eine Individualbewertung vorsieht, bei der zum Beispiel Regulierungen von neuen und kritischen Technologiesektoren von höheren Diskontierungsraten ausgenommen werden können. Um Bundesbehörden zu animieren, vermehrt Verteilungseffekte von Regulierungen zu analysieren, wurden die Richtlinien hierzu ausgeweitet. Die neue Richtlinie enthält auch eine Methodologie zur quantitativen Messung von Verteilungseffekten auf die Lebensqualität verschiedener Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel wie viel Mehrwert ein Dollar für einkommensschwache, im Vergleich zu besserverdienenden Bürgern hat.

### **SEC: Klimaoffenlegungspflichten (Regelvorschlag)**

Einer der am längsten währenden regulatorischen Verfahren der Biden-Administration ist ein Regelvorschlag der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC (*Securities and Exchange Commission*) zur Offenlegung von Treibhausgasemissionen bei Unternehmen. Der Vorschlag unter dem Titel *The Enhancement and Standardization of Climate-Related Disclosures for Investors* würde börsennotierte Unternehmen verpflichten, ihre Scope-1- und -2-Emissionen offenzulegen. Ferner müssten Scope-3-Emissionen von Unternehmen offengelegt werden, für die selbige als „materiell“ wichtig gelten. Auch Unternehmen deren Emissionsziele Scope-3 beinhalten wären den Offenlegungspflichten unterworfen. Die Frage, ab wann Emissionen „materiell“ für ein Unternehmen sind, ist der größte Streitpunkt bei dem Regelvorschlag. Die Einführung einer „doppelte[n] Materialität“ wie in der EU hat die SEC wiederholt abgelehnt. Ferner müssten an die SEC weitere identifizierte Klimarisiken, Dekarbonisierungspläne (falls vorhanden) und Governance- und Managementstrategien zum Klimaschutz berichtet werden. Betroffen wären SEC-registrierte Entitäten, nicht die gesamte Wirtschaft. Als Scope-1-Emissionen bezeichnet man die direkten Emissionen einer Organisation. Scope-2-Emissionen beinhalten zusätzlich den Energieverbrauch. Scope-3-Emissionen schließen alle Upstream- und Downstream-Emissionen in Lieferketten ein.

Die SEC gilt vielen international als der Vorreiter für Finanzregulierung, allerdings haben die jüngsten Vorstöße aus Brüssel und Kalifornien den Druck auf die Administration erhöht, das Regelverfahren abzuschließen. Die SEC, deren prinzipieller Fokus auf Investorenabsicherung liegt, sieht sich vermehrt genötigt, international abgestimmte Offenlegungspflichten umzusetzen, während unklar bleibt, ob sie überhaupt rechtmäßig breite Klimaoffenlegungspflichten einfordern darf.

Ähnliche Bedenken über die Befugnis zur Regulierung von Kohlenstoffdioxid und Gewässern durch die US-Umweltschutzbehörde EPA hatten in den letzten zwei Jahren vermehrt zu Klagen beim Obersten Gerichtshof geführt. Konservative Politiker drohten der SEC mit ähnlichen Klagen, sollten sie strenge Offenlegungspflichten in der vorgeschlagenen Form durchsetzen. Die Senatoren Manchin (D-WV) und Hagerty (R-TN) riefen die SEC in einem Brief dazu auf, Scope-3-Emissionen aus dem Regelvorschlag zu streichen. 25 demokratische Senatoren und Repräsentanten drängten hingegen auf umfassende Scope-3-Offenlegungspflichten, denn nur dies könne größtmögliche Transparenz für Investoren gewährleisten. Republikanische Abgeordnete kritisieren die Umsetzbarkeit von Scope-3-Messungen hingegen und werfen der SEC vor, Instrument einer linken politischen Agenda zu sein.

Die *US Chamber of Commerce* kritisierte den Regelvorschlag ebenfalls. Auch aus der SEC selbst ertönt Kritik und SEC-Vorsitzender Garry Gensler zeigte sich offen für substanzielle Änderungen. Zuletzt kündigte die SEC an, die Regel erst im April 2024 fertigzustellen.

### **Kalifornien: Senate Bill No. 253 and 261 (in Kraft)**

Das kalifornische Gesetz (*Climate Corporate Data Accountability Act*) zur Offenlegung von

Re Emissionen umfasst ebenfalls Scope 3-Emissionen. Anders als der SEC-Regelvorschlag, der einige börsennotierte Unternehmen betraf, betrifft Kaliforniens Version öffentliche und private Unternehmen. Unternehmen, die in Kalifornien tätig sind und einen Jahresumsatz von mehr als eine Milliarde US-Dollar haben, müssen über ihre Emissionen berichten. Es wird erwartet, dass etwa 5.400 Unternehmen in Kalifornien direkt von der neuen Regelung betroffen sein werden. Gouverneur Gavin Newsom unterzeichnete auch ein zweites Gesetz zur Offenlegung klimabezogener finanzieller Risiken. Die kalifornische Handelskammer kritisierte, die Gesetzentwürfe benachteiligten kalifornische Unternehmen gegenüber außerstaatlichen Konkurrenten und verursachten zusätzliche Belastungen und Kosten. Es bleibt unklar, ob eine Regelung auf Bundesebene die kalifornische Regelung brechen würde, oder ob der Einzelstaat mehr Offenlegungen als die Bundesbehörden fordern dürfte. Letzteres würde zu einer Mehrbelastung für Unternehmen führen, die sich mit zwei Systemen konfrontiert sähen.

### **EPA: Treibhausgasemissionsstandards und -richtlinien für fossil-betriebene Kraftwerke (Regelvorschlag)**

Seit 2009 ist es der US-Umweltschutzbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*) erlaubt, Kohlenstoffdioxidemissionen unter dem Statut des Clean Air Act, einem zentralen Umweltschutzgesetz, zu regulieren. Die EPA reguliert dabei sowohl existierende wie neue stationäre Quellen, zum Beispiel Kraftwerke. Diese Regulierung muss auf Basis des *best system of emissions reductions* (BSER) erfolgen, welches erfordert, dass solche Technologien ausreichend demonstriert sind. Eine Überarbeitung der Emissionsstandards unter der Obama-Administration wurde 2016 aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken vom Obersten Gerichtshof ausgesetzt, bis das Gericht im Urteil West Virginia v. EPA 2022 entschied, dass die Möglichkeit von fossilen zu erneuerbaren Technologien zur Energieerzeugung zu wechseln, allein kein BSER darstellt. Nun sieht der neue Regelvorschlag der Biden Administration stattdessen kraftwerksspezifische Regelungen vor, statt eines systemweiten Ansatzes. 25% aller CO<sub>2</sub>-Emissionen der USA stammen aus dem Stromsektor.

Der Regelvorschlag schreibt Kraftwerken maximale Emissionswerte vor, basierend auf drei verfügbaren Emissionsreduktionstechnologien: (1) Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (CCS), (2) Mischfeuerung von Kohlekraftwerken mit Erdgas und (3) Mischfeuerung von Gaskraftwerken mit sauberem Wasserstoff. Langfristig am Netz verbleibenden Kohlekraftwerken würden die strengsten Werte vorgegeben. Sie sollen 90% Emissionsreduzierungen bis 2030 erreichen, außer Betreiber stimmen verbindlich zu, bis 2040 vom Netz zu gehen. Jene Kraftwerke, die nach 2031 noch am Netz bleiben, aber bis 2040 schließen, müssten ihre Emissionen so weit reduzieren, wie es eine 40%-Mischfeuerung mit Erdgas hervorbringen würde. Laut EPA resultiere dabei eine Emissionsminderung von circa 16%.

Bei Gaskraftwerken würde zwischen Neubauten und Bestandskraftwerken unterschieden. Neue Gaskraftwerke, die durchschnittlich über 50% Kapazität laufen (*baseload plants*) müssten 90% ihrer Emissionen bis 2035 reduzieren oder alternativ bis 2032 zu einer 30% (nach Volumen) Wasserstoff-Mischfeuerung übergehen. Die Mischfeuerung müsste sukzessiv auf 96% bis 2038 ausgeweitet werden. Dieselbe Regelung gälte für Bestandsgaskraftwerke mit über 300MW Kapazität. Bestehende kleinere Gaskraftwerke (unter 300MW Kapazität) wären in der aktuellen Fassung der Novelle ausgenommen. Neue Gaskraftwerke mit durchschnittlicher Auslastung zwischen 20% und 50% müssten ihre Emissionen bis 2032 so weit reduzieren, wie es eine 30%-Mischfeuerung mit sauberem Wasserstoff würde. Sie wären dabei von den verschärften Werten ab 2035 bzw. 2038 wie sie für Kraftwerke mit >50% Auslastung gälten ausgenommen.

Die EPA prognostiziert, basierend auf der sinkenden Rentabilität von Kohlekraftwerken in den USA und der Steuergutschriften und Fördergelder des *Inflation Reduction Act* (IRA) für CCS und Wasserstoff, dass Emissionen von Kraftwerken auch ohne die neuen Standards bis 2030 um 60% unter das Niveau von 2005 fallen werden, bis 2040 sogar um 80%. Die Biden-Administration sieht die verschärften Emissionsstandards dabei als Instrument zur Beschleunigung der Entwicklung und als Ordnungsrahmen für Rechtssicherheit. Die EPA schätzt die zusätzlichen Emissionsvermeidungen des Regelvorschlags auf 800 Mio. bis 1 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>. Umweltschutzverbände kritisieren, dass die zusätzlichen Reduzierungen des Regelvorschlags (weniger als in einem Jahr von Kraftwerken ausgestoßen wird) zu gering seien. Auch die Ausnahme von bestehenden Gaskraftwerken unter 300MW Kapazität traf auf starke Kritik, da 70% der

US-Gaskraftwerke Kapazitäten zwischen 25MW und 250MW haben. Die US Chamber of Commerce kommt in einer eigenen Studie zu dem Ergebnis, dass die Schätzungen der EPA zu Emissionsreduzierungen abseits des Regelvorschlags unrealistisch hoch seien. Die EPA habe den steigenden Strombedarf durch die fortschreitende Elektrifizierung unterschätzt und das Tempo des Hochlaufs von CCS-Technologien überschätzt.

Kritik am Regelvorschlag katalysiert sich vor allem an seinen potenziellen Auswirkungen auf die Reliabilität des Stromnetzes. Die US-Stromnetze verfügen über nicht ausreichende Fern- und Übertragungsnetze. Unter anderem in diesem Bereich herrscht in der US-Energiepolitik eine lebhafte Debatte um die Reform von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Republikaner im Abgeordnetenhaus kritisierten den Regelvorschlag und seine Auswirkungen auf die Reliabilität des Stromnetzes scharf. Zusätzlich stellten die republikanische Abgeordnete und Senatoren Anfragen an die Kommissare der US-Energieregulierungsbehörde FERC (*Federal Energy Regulatory Commission*) über die Auswirkungen auf die Netzstabilität und Angebotskapazitäten. FERC-Kommissar James P. Danly teilt dabei viele ihrer Kritikpunkte. Joseph Goffman, Vorsitzender des EPA-Büros für Luftverschmutzung, verteidigte den Regelvorschlag während einer FERC-Konferenz, zeigte allerdings Offenheit für Überarbeitungen, um Sorgen über die Auswirkungen auf die Netzstabilität zu begegnen. Eine Konsultation des Gremiums von kleinen und mittleren Unternehmen hatte die EPA jüngst zu Änderungen bewegt. Kraftwerke dürften nun auch nach den genannten Fristen am Netz bleiben, wenn Netzbetreiber ihre Unabdingbarkeit zertifizieren. Der Regelvorschlag soll bis April finalisiert werden.

### **EPA: Methanregulierung (finalisiert)**

Während der COP 28 Konferenz in Dubai hat die EPA ihre finale Regulierung von Methanemissionen veröffentlicht. Die Regulierung zielt auf eine Reduzierung anthropogener Methanemissionen um 80%. Nachdem der IRA für Organisationen unter dem *EPA Greenhouse Gas Emissions Reporting Program (GHGRP)* bereits Strafzahlungen für Methanausstoß in Höhe von \$900 pro Tonne eingeführt hat, markiert die EPA-Regulierung die zweite Säule der Methanregulierung durch die Biden-Administration. Durch die Regulierung erwartet die EPA 58 Millionen Tonnen Methan zwischen 2024 und 2038 einzusparen, dem Äquivalent von 1,5 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>. Das so zusätzlich gewonnene Erdgas soll knapp unter 1 Milliarde US-Dollar pro Jahr einbringen. Die Regel hat vier Hauptkomponenten: Routineabfackelung beenden, Leckortung und Undichtigkeiten, Kontrollausrüstung, sowie ein Super-Emittenten-Programm.

Die routinierte Abfackelung von Gasen in neuen Bohrlöchern muss über zwei Jahre schrittweise eingestellt werden, bevor es vollständig verboten ist. Existierenden Bohrlöchern mit unter 40 Tonnen Methanausstoß pro Jahr gestattet die EPA weiterhin Routineabfackelung, da alternative Technologien zu kostspielig und somit unrentabel seien. Für Bohrlöcher mit Methanemissionen über 40 Tonnen pro Jahr dürfen nur abfackeln, wenn Sammelleitungen nicht verfügbar und Alternativen technisch nicht umsetzbar sind. Auch Wartung und Kontrolle von Gasfackeln werden verschärft. Im Bereich Leckortung und der Prävention von Undichtigkeiten werden je nach Anlagengröße und -typ unterschiedliche Vorgaben gemacht. Einzelne Bohrlöcher werden vierteljährlich einer einfachen Prüfung unterzogen, während Anlagen mit mehreren Bohrlöchern zusätzlich halbjährlich einer tiefgreifenden Prüfung unterzogen werden. Je nach Prüfung, haben Betreiber 30 bis 60 Tage Zeit für Reparaturen. Zentralisierte Produktionsstätten werden alle zwei Monate, Kompressoren monatlich einer tiefgehenden Prüfung unterzogen. Die Regel erlaubt es Firmen, alternative moderne Messinstrumente wie Luftaufnahmen und Dauermessinstrumente zu nutzen.

Für Druckkontrollinstrumente wie pneumatische Regler hat die EPA neue Standards festgesetzt. Bei gasbasierten Systemen muss das entweichende Gas verwertet werden. Wo dies nicht möglich ist, müssen geschlossene oder druckluftbasierte Systeme zur Anwendung kommen. Das einzurichtende Super-Emittenten-Programm der EPA erlaubt es Drittparteien sich zertifizieren zu lassen, um anschließend über Luftaufnahmemessungen oder Satellitenbilder Lecks über 100kg pro Stunde zu entdecken und diese der EPA zu melden. Das Programm sei eine Reaktion auf Studien, die belegen, dass ein Großteil der Methanemissionen von wenigen Super-Emittenten ausgehe.

Receiv...  
genießt die Methanregulierung der EPA grundsätzlich Unterstützung von  
Wirtschaftsverbänden sowie der Öl- und Gasindustrie. Umweltschutzverbände loben die  
Regel ebenfalls und weisen darauf hin, dass Vorreiter in der Industrie viele der neuen  
Verpflichtungen bereits erfüllen. Das Büro für Landverwaltung erarbeitet parallel an einer  
eigenen Regel für das Abfackeln auf bundeseigenem Boden.

Der wissenschaftliche Beirat der EPA kam in seinem jüngsten Bericht zu dem Ergebnis,  
dass die Methanberichtspflichtigen Emissionen in gewissen Szenarien verfehlt, während sie  
andere Emissionen überschätzt. Besonders die Methanemissionen unvorhergesehener  
großer Ereignisse wie *Blowouts* würden durch die Durchschnittswerte der EPA  
überschätzt, während unbemerkte Lecks unterschätzt würden. Ihre Empfehlungen legen  
eine Überarbeitung der Regel durch ein Gremium aus Wissenschaftlern nahe, um  
Methanemissionen akkurater messen zu können, sowie strengere Berichtspflichten für  
Stoffe, die gemeinsam mit Methan ausgestoßen würden.

## Weitere Regulierungen

### **EPA: Treibhausgasemissionsstandards für Fahrzeuge: Nutzfahrzeuge – Phase 3 (Regelvorschlag)**

Seit April 2023 besteht ein Regelvorschlag zur 3. Phase der  
Treibhausgasemissionsstandards für Nutzfahrzeuge (*heavy-duty trucking*). Der Vorschlag  
würde die flottenweiten CO<sub>2</sub>-Standards ab Modelljahr 2027 und schrittweise weiter bis  
2032 verschärfen. Die technologieneutrale Regel lässt es Herstellern zwar offen, wie die  
neuen Standards erreicht werden, kommen aber aufgrund der starken Verschärfung de-  
facto einer E-Fahrzeug-Quote gleich. Die EPA erwartet, dass die Regel dazu führen wird,  
dass bis 2032 die Hälfte aller Busse und ein Viertel aller Langstrecken-LKW elektrifiziert  
wird. Der Vorschlag soll bis März 2023 finalisiert werden.

### **PKW (Regelvorschlag)**

Im April wurde auch die analoge Regel für PKW vorgestellt. Der Regelvorschlag sieht  
ebenfalls einen verschärften Emissionsstandard ab Modelljahr 2027 vor.  
Flottenemissionen dürften ab 2032 nicht über 82 Gramm CO<sub>2</sub> pro Meile liegen. Die EPA  
erwartet, dass bis 2032 durch diesen Regelvorschlag zwei Drittel aller Neuzulassungen E-  
Autos sein werden.

PKW sind zusätzlich Gegenstand einer geplanten Verschärfung der  
Treibstoffeffizienzstandards durch das US-Verkehrsministerium DOT (*Department of  
Transportation*). Die Treibstoffeffizienz für SUVs wird im Vorschlag doppelt so stark  
verschärft wie für kleinere PKW.

### **EPA: Emissionsstandards für Feinstaubpartikel (Regelvorschlag)**

Bis Ende des Jahres beabsichtigt die EPA, einen Prozess zur Neubewertung (und  
Verschärfung) der Emissionsstandards für Feinstaubpartikel abzuschließen. Der  
Regelvorschlag beinhaltet neue Grenzwerte von 9 bis 10 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft  
im Jahresdurchschnitt. Der aktuelle Standard beträgt 12 Mikrogramm. Gesundheits- und  
Umweltschutzverbände fordern eine Absenkung auf bis zu 8 Mikrogramm, während eine  
Reihe Republikaner im Abgeordnetenhaus sowie führende Wirtschaftsverbände,  
angeführt von der *National Association of Manufacturers* und der *US Chamber of  
Commerce*, eine Verschärfung kritisieren.

### **EPA: Regulierung von Emissionen bei Reifenproduktion (Regelvorschlag)**

Die EPA hat einen Regelvorschlag veröffentlicht, der Emissionsstandards auf die  
Produktion von Reifen ausweiten soll. Ein Gericht hatte 2020 entschieden, dass die EPA  
in bestimmten Fällen angehalten ist, alten Regulierungen zu aktualisieren. Hierzu gehöre  
auch die Regulierung von bis dato unregulierten gefährlichen Stoffen, die zur  
Luftverschmutzung beitragen. Nach einer Konsultation mit der Kautschukindustrie ist die  
EPA zu dem Ergebnis gekommen, dass in der Tat ein solcher Fall vorliegt. Für die  
Reifenproduktion hat sie nun einen Regelvorschlag veröffentlicht, der erstmals Standards  
für Kohlenwasserstoffe und Feinstaubpartikel festlegen würde. Die Behörde schätzt die  
Emissionsreduzierungen auf 1.072 Tonnen pro Jahr, bei Kosten in Höhe von 20,8  
Millionen US-Dollar.

### **DOE: schnellere Umweltprüfung von Erneuerbare Energie Projekten (Regelvorschlag)**

Received by EPA Registration Unit 07/29/2024 8:17:45 AM  
Das US-Energieministerium (DOE) strebt schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien an. Der *National Environmental Policy Act* (NEPA) schreibt Bundesbehörden vor, bei gewissen Projekten Umweltprüfverfahren durchzuführen. Für Umfang und Dauer des Verfahrens ist (u.a.) entscheidend, ob zu erwarten ist, dass ein Projekt signifikante, nur leichte, oder keine Auswirkung auf die Umwelt haben wird. Das DOE möchte nun die zu erwartenden Auswirkungen von Projekten wie dem Aus- oder Neubau von Übertragungsnetzen, Batteriespeichern oder Solarprojekten (unter 81 Hektar) als „nicht signifikant“ einschätzen. Damit könnten solche Projekte schneller und einfacher genehmigt werden.

### **EPA: PFAS-Regulierung zentraler Punkt der Biden-Administration**

Ein zentrales Anliegen der Biden-Administration in der Chemikalien- und Umweltschutzpolitik ist die Regulierung von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS). Zunächst weitete die EPA Studien und Monitoring von PFAS aus, überholte Klassifizierungen und Gefahreneinschätzungen. Schlussendlich finalisierte die EPA zwei Regulierungen. Ein verteidigungspolitisches Paket des US-Kongresses Ende 2019 designierte viele PFAS-Stoffe als berichtspflichtig an das *Toxic Release Inventory* (TRI). Die Umsetzung ist abgeschlossen und seit November 2023 in Kraft. Die EPA führt eine aktualisierte Liste aller PFAS-bezogenen Regulierungen seit Januar 2021.

### **DOE: Energieeffizienzstandards für Heizungen und Heizkessel unverändert**

Das US-Energieministerium (DOE) ist vom Kongress ermächtigt, Standards für die Energieeffizienz bestimmter Produkte zu setzen, sowie gemeinsam mit der EPA das *Energy Star Program* zu verwalten. Standards werden für über 60 Produkte aus den Bereichen Konsumgüter, kommerzielle und industrielle Produkte, Leuchtmittel und Sanitär erarbeitet. Für Heizungen und Heizkessel zum Beispiel kam das DE in seinem Vorschlag zu dem Schluss, dass es derzeit keine wirtschaftliche und technologische Grundlage gäbe, die Standards weiter zu verschärfen.

### **CFTC: erbittet Stellungnahmen zu Regelvorschlag mit Richtlinien für Kohlenstoffmärkte**

Die *US Commodity Futures Trading Commission* (CFTC) hat einen Regelvorschlag herausgebracht in dem sie einheitlichere Standards für CO<sub>2</sub>-Kompensationen in Form von Derivatverträgen vorschlägt. Eine öffentliche Stellungnahme läuft bis 16. Februar 2024.

### **Regulatorik in den USA: was müssen Exporteure und deutsche Tochterunternehmen beachten?**

Die USA sind mitnichten das Land der unregulierten Wirtschaft, auch wenn ein solches Bild landläufig in Europa weit verbreitet ist. Bei genauem Hinsehen ergibt sich ein komplexes Hin- und Her zwischen Bundes- und Landesebene, ähnlich wie der oftmals doppelten Regulierung durch Brüssel und die EU-Mitgliedsstaaten. Es lohnt sich daher, bei Geschäftsaktivitäten in den USA einen genaueren Blick auf die Regulatorik in Washington und den Einzelstaaten zu werfen. Oft steckt „der Teufel im Detail“.

Die gute Nachricht dabei: die US-Behörden und meisten Administrationen sind gegenüber Vorschlägen und Rückmeldung aus der Wirtschaft grundsätzlich sehr offen. Besonders technische Hinweise und Verbesserungsvorschläge werden oft angenommen. Besonders gut ist es, wenn Stellungnahmen gemeinsam mit US-Geschäftspartnern oder Partnerverbänden erfolgen.

Für weitere Fragen und Informationen wenden Sie sich gerne an RGIT.



## Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit [www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)**

